

Emil Neubauer

Deutschlands Opfer-Täter- Verschiebungen in der Ukraine-Krise

November 2013 bis September 2014

Vorabdruck eines Auszugs aus:

Der hässliche Deutsche – Dritter Akt?

Teil I/1

Kritik der deutschen Zustände und Ideologie

Emil Neubauer: Der hässliche Deutsche – Dritter Akt?

Untersuchung und Zusammenschau zur deutschen Gegenwartsgeschichte in drei Teilen, die jeweils Buchumfang besitzen.

Teil I. Kritik der deutschen Zustände und Ideologie, insbesondere der Außenpolitik der Berliner Republik nach 1989.

Teil II trägt den Arbeitstitel: Deutschlands Weg zur Vormacht in Europa nach 1945

Teil III soll thematisieren: Die Krise der EU als Moment der großen Weltwirtschaftskrise und die Rolle des Proletariats beim wiederholten deutschen Griff nach der Weltmacht.

Teil I wurde in einer Vorabversion auf www.proletarische-plattform.org ab März 2013 nach und nach online gestellt. Er erscheint nun in der Druckfassung in zwei Halbbänden der Schriftenreihe *proletarische Texte*.

Der erste Halbband skizziert die gebrochenen zentralen Kontinuitätslinien der deutschen Zustände und Ideologie, insbesondere der Entwicklung nach 1989. Es ist das nur analytisch getrennte ideologische Moment jenes sich 25 Jahre steigenden ökonomischen und politischen Machtzuwachses, der sich in Deutschlands „erfolgreicher“ Außenpolitik auf dem Weltparkett und insbesondere in Europa nach 1989 manifestiert. Die Darstellung dieser Außenpolitik ist als Halbband 2 in Vorbereitung.

Beide Halbbände erscheinen als Band 3 und 4 der proletarischen Texte, einer Schriftenreihe, herausgegeben von der proletarischen Plattform

Demnächst überall im Buchhandel erhältlich.



IMPRESSUM Broschüre der Schriftenreihe Proletarische Texte, herausgegeben von der proletarischen Plattform, Oktober 2014, 2. Auflage

17.1. Nachtrag September 2014: Deutschlands Opfer-Täter-Verschiebungen in der Ukraine-Krise

Kapitel 17: *Weitere potentielle deutsche Verschiebungsmuster äußerer Feindbildung* wurde am 12. September 2013 auf der Website der Proletarischen Plattform öffentlich gestellt. Zu dem Zeitpunkt gab es keine ernsthaften Anzeichen dafür, dass Russland in kürzester Frist von einem potentiellen Bündnispartner des Aufstiegs zur Großmacht Deutschland zum äußeren Feind Nr. 1 gekürt werden würde.

Dass Russland im Frühjahr 2014 so unerwartet zu Deutschlands „Hauptfeind“ mutierte, hängt mit dem Wendepunkt der deutschen Außenpolitik hin zur Übernahme von mehr „Verantwortung in der Welt“ zusammen. In der bis heute andauernden PR-Kampagne ist unüberhörbar, dass die Insassen des deutschen Kapitalstandortes an deutsche militärische Einsätze und steigende „Verteidigungslasten“¹ gewöhnt werden sollen. In Berlin wird gerne vernommen, dass immer mehr Staaten von der „Führungsnation Europas“ „Übernahme von Verantwortung“ in allen Ecken der Welt fordern. Die Zwischenergebnisse der ersten selbstgestellten Aufgabe lassen sich inzwischen in der Ukraine besichtigen und an Deutschlands zerrütteten Beziehungen zu Russland bewerten.

Es rumorte zwar schon länger im Berliner Establishment bezüglich der außenpolitischen „Schwäche“ Deutschlands, die sich im jahrelangen faktischen Untertauchen von Kapitän Westerwelle widerspiegelte. So konnte in Kapitel 15, Seite 288 stehen: „Das außenpolitische Heraustreten der BRD mit dem offenen Visier liegt in der Luft, weil Deutschland von den ‚Partnern‘ offen zur politischen Führung der EU gedrängt wird.“ Berlin hatte längst deutsche Denker und „Debatten“ in Marsch gesetzt, der Belegschaft des Volksgemeinschaftsbötchens den Übergang zu einer Deutschlands ökonomischer Stärke gemäßen höchst ambitionierten Außenpolitik beizubiegen. Denn dass die die Belegschaft des Kapital-Standort BRD sich doch zunächst widerspenstig zeigen würde², ob der kaum abzuschätzenden Dimensionen deutscher Großmachtpläne und deren Kosten, Risiken und „Chancen“, ist klar. Dass und wie Deutschland diese „Führung in Europa“ ausgerechnet bei der Durchsetzung des EU-Assoziationsabkommens mit der Ukraine umsetzte, erinnert – vorweg genommen – allerdings an finstersten Wilhelminismus. Die gezeigte „Politik der freien Hand“ ist gekennzeichnet von preußischer Selbstgefälligkeit, Selbstüberschätzung und herrischer Arroganz. Die Ukraine hat eben einfach Pech gehabt, dass sie das Opfer des *Testfalls* der Neu-Planungen *offener*

¹ Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass die Nationalstaaten der EU ihre Waffeneinkäufe seit September 2014 als Investitionen zur Erhöhung des Bruttonettoprodukts (BIP) buchen dürfen.

² „In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Presseagentur dpa sagten 45 Prozent der Befragten, Deutschland tue hier bereits zu viel. 30 Prozent halten das derzeitige Engagement für genau richtig.“ Siehe: Deutsche gegen mehr Militäreinsätze. www.sueddeutsche.de 31.01.2014.

deutscher Großmachtpolitik wurde. Denn der Zeitpunkt der Operation Ostraumerweiterung 2013 ergab sich aus der deutschen EU-Führungsrolle, in die die Weltwirtschaftskrise die BRD in der EU trieb und die Deutschland als *die* erste Chance offener Führung „Europas“ mit preußischer Chuzpe zu nutzen sucht. Der Öffentlichkeit wird dabei weis gemacht, dass das, was in der Ukraine läuft, eine Operation der gesamten EU sei. Tatsächlich handelt es sich bei der „Ostraumerweiterung“ um ein Momentum des dritten deutschen Versuchs von *Europa-zuerst-und-dann-die-ganze-Welt*.

„Newsletter vom 11.09.2014 - In und durch Europa führen

BERLIN (Eigener Bericht) - Deutschland soll künftig ‚eine stärkere globale Rolle spielen‘ und ‚in und durch Europa‘ stärker ‚führen‘. Dies ist einer deutschen Regierungsberaterin zufolge die bisherige Bilanz einer Außenpolitik-Debatte, die das Auswärtige Amt zu PR-Zwecken angestoßen hat. Das Projekt ‚Review 2014‘, in dessen Rahmen die Debatte stattfindet, soll laut dem Bundesaußenminister die ‚eklatante Lücke‘ schließen helfen, die zwischen den weltpolitischen Absichten des Berliner Establishments und der ‚Bereitschaft‘ der Bevölkerung zum Beispiel zu Kriegseinsätzen besteht. Das Projekt reiht sich in eine Kampagne für eine aggressivere Weltpolitik Berlins ein, die - vom Planungsstab des Auswärtigen Amts vorbereitet und begleitet - mit der Rede des deutschen Bundespräsidenten zum Nationalfeiertag 2013 lanciert worden ist und seitdem andauert. In der Bilanz zu dem Projekt ‚Review 2014‘ heißt es, es zeichne sich ein Konsens darüber ab, dass Deutschland alleine ‚zu klein‘ sei, ‚um globalpolitische Veränderungen bewirken zu können‘; deshalb benötige man die EU: ‚Europa‘ bringe ‚das politische Gewicht auf die Waage, das Deutschland zur Realisierung seiner Interessen braucht‘. Auch müsse man künftig in einer ‚Partnerschaft mit den USA‘ operieren, die ‚gleichberechtigt‘ sei.“³

Jenes „Europa“ ist nach der brutal schlichten Akzentsetzung des NS-Obereuropäers Werner Daitz die Chiffre zur Verschleierung der Vormachtstellung Deutschlands in Europa:

"Wir müssen grundsätzlich immer nur von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, technischen Schwergewicht Deutschlands und seiner geografischen Lage."⁴

Die Länge des vorliegenden Nachtrags hat nach diesem Vorspann seine Berechtigung in der *offenen* Machtpolitik, die Deutschland nach 1945 in der Ukraine-Krise erstmals ungeniert treibt. Denn der imperialistische Kurs dieser deutschen Großmachtpolitik wird die BRD, angesichts zunehmender globaler Krisenherde und „Terrorismusgefahr“ im Innern, grundlegend umkrepeln Richtung Militarismus. Sie wird deutliche Spuren im Leben der einzelnen

³ Newsletter vom 11.09.2014 - In und durch Europa führen. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58946>.

⁴ Werner Daitz, Europa-Charta (PDF) 1940 – <http://www.uni-tuebingen.de/gerd.simon/DaitzEuroCharta.pdf>.

Zeitgenossen mit sich bringen, die Schonfrist im deutschen „Freizeitpark“ auf einer scheinbaren „Wohlstandsinsel“ im Windschatten des Weltpolizisten USA neigt sich kapitalistisch naturwüchsig dem Ende zu. Die Militarisierung aller Gesellschaftssphären wird unter der Hand forciert. Die Formen, in denen *Blut und Eisen* und *Kanonen statt Butter* zur globalen Vaterlandsverteidigung gefordert werden wird, sind längst in Bearbeitung. Der im Jahr zuvor in Kapitel 15 in der Luft liegende Übergang von der bis dato verschämten machtstrategischen Außenpolitik der BRD zum Kampf mit offenem Visier ist deutsche Wirklichkeit geworden. *Man* will ja mehr politische Verantwortung – mit allen, auch militärischen Mitteln – in der Welt übernehmen. Wenn Berlin den Kurs des Spätsommers 2014 fortsetzt, ist dieser Übergang der historische Wendepunkt der BRD nach 1945 zu *offener* imperialistischer Außenpolitik.

Wie die herausposaunte neue deutsche „Verantwortung“ im Testfall Ukraine konkret in ihrer ideologischen Färbung aussah und aussieht, soll durch eine ausführlichere chronologische Aufreihung des verschränkten politischen und ideologischen Handelns Deutschlands in der Ukraine-Krise 2013/2014 kenntlich werden. Bei der Darstellung wird sich vorwiegend entlang der Newsletter von German Foreign Policy, dem Recherchedienst von *Informationen zur deutschen Außenpolitik*, gehandelt, da dort das entsprechende Material der wichtigsten Veröffentlichungsorgane zur deutschen Außenpolitik, öffentlicher und privater Thinktanks, Lobbyverbänden, etc. kritisch aufbereitet ist. Unterkapitel 17.1. Nachtrag vom September 2014 skizziert, wie die deutsche Ideologie in der Ukraine-Krise von Ende 2013 bis Spätsommer 2014 alte deutsche Freund-Feindbilder neu modellierte und dabei ihre Verschiebungsmuster der Opfer-Täter-Zuweisungen einsetzte. Der außenpolitische Kampf Deutschlands im Verlauf der Krise wird in Kapitel 32.1. *Der Kampf Deutschlands, der USA, Russlands um die Hegemonie in der Ukraine* in Halbband 2 kritisch skizziert.

A. Die weltpolitische Lage, die die nationale Propaganda aller beteiligten Konfliktparteien der Ukraine-Krise übergreifend bestimmte

Zunächst zum besseren Verständnis der unübersichtlichen Situation in der Ukraine bis September 2014: Um die Wucht der Propaganda und Desinformation sämtlicher beteiligter Konfliktparteien kritisch einordnen zu können, soll hier der (in Kapitel 32.1. ausgeführte) hypothetische Umriss der gleichzeitigen geopolitischen Großwetterlage eingefügt werden. Die Schärfe und Schnelligkeit der Eskalation der Ukrainekrise zeigte an, dass sie Teil dieser Großwetterlage ist, in der sich das politische Machtgefüge im Kampf um die Neu(Un)ordnung des Weltmarkts gegenwärtig sprunghaft verschiebt. Schien nach 1990 ein neues amerikanisches Jahrhundert anzubrechen, samt der Legende vom „Ende der Geschichte“, so scheint die Ukraine-Krise zum Katalysator für ein – weit über die ökonomische Blockbildung hinausreichendes – geopolitisches Bündnis der großen Schwellenländer Brasilien, Russland, (Indien?), China (BR(I)C) gegen den „Westen“ geworden zu sein. Der

kapitalistisch-naturwüchsig zu erwartende Wechsel der ökonomischen Weltmarkt- Hegemonie von den USA zu China ⁵ – vorläufig insbesondere durch den chinesischen Angriff des Renminbi auf den Dollar als Weltleitwährung auf Basis von Chinas Warenexport-Offensive – wird kaum ohne starke geopolitische Friktionen verlaufen. Dafür steht für den sich – wohl ohne Indien – herausbildenden aufsteigenden BR(I)CS-Machtblock und das dysfunktionale Zweckbündnis der sich desorientierend gegen ihren Abstieg stemmenden USA, der sich selbst maßlos überschätzenden Deutschland-EU und des am machtpolitischen Boden liegenden Japans machtpolitisch zu viel auf dem Spiel. Gerade an Chinas Außengrenzen zu Land wie zu Wasser gibt es genügend geopolitisches Konfliktpotential ⁶, das blitzschnell unter Einbeziehung des torkelnden ökonomischen Schwergewichts Japan zu politischen Zerwürfnissen bis zur militärischen Eskalation und gravierenden tektonischen Verschiebungen des Machtgefüges des Weltmarkts führen kann.

Der Kampf dreier Global-Player um die Vormachtstellung in der Ukraine ist Teil der tektonischen Verschiebung des Weltmachtgefüges und beschleunigt die Verschiebung seinerseits. Die zehnmonatige verwirrende Dynamik in der Ukraine-Krise – von allen Akteuren als Reality-Show der primitivsten Stufe in Echtzeit propagandistisch serviert – wirft dementsprechend allerhand machtstrategische Fragen auf: Wie kam es zur Eskalationsstufe, die die Ukraine öffentlich zum geopolitischen Spielball der von Deutschland dominierten EU, den USA und Russland degradierte? Anders gefragt: Seit wann und warum ist ausgerechnet die Ukraine geopolitischer Spielball dieser machtpolitischen Dreier-Konkurrenz? Welche Rollen spielen Deutschland, die EU, USA, Russland und die Ukraine selbst darin? Welche besonderen Interessen hat Deutschland an der Ukraine, welche haben die deutschen EU-Partner und die USA dort, welche hat Russland? Warum fährt die Deutschland-EU überhaupt eine expansive Außenpolitik in Mittel-Ost-Europa ⁷, speziell in der Ukraine, obwohl alle Welt weiß, auf welchem niedrigem Entwicklungsniveau die dortigen Nationalökonomien stehen? Ist die „Ostraumerweiterung“ der EU Teil der deutschen Neuordnungspläne Europas? Hat die offene Einmischung der Deutschland-EU in die inneren Angelegenheiten der Ukraine spätestens seit Januar 2014 die Lunte gelegt für ein Feuer, das „schlafwandlerisch“ 100 Jahre

⁵ Der hier kapitalistisch naturwüchsig behauptete Entwicklungspfad Chinas ist die rein logisch extrapolierte Augurenmeinung der Nationalökonomien. Ein anderes kapitalistisch naturwüchsiges Szenario ist, dass dieser Subkontinent dimensionierte Nationalstaat, wie alle BRICS-Staaten, in der Dynamik zunehmender Zentrifugalkräfte der ungleichmäßigen Entwicklung seiner Provinzen zerfallen und in Bürgerkriegen und Sezessionen versinken kann. Das wichtigste Szenarium geht Richtung einer politischen Umwälzung durch soziale Unruhen. Der proletarische Klassenkampf in China und in gesamt Süd-Ostasien ist ausgedehnt. Siehe z. B.: www.labournet.de, Welt in Umwälzung www.umwaelzung.de, China Labour Bulletin www.clb.org.hk/iso/.

⁶ Siehe beispielsweise: Michael Paul, Kriegsgefahr im Pazifik? Analogien zum Großen Krieg 1914. SWP-Aktuell 2014/A 14, März 2014; sowie: Michael Paul, Die Nato im Fernen Osten. Die atlantisch-pazifische Kooperation zwischen der Allianz und Japan im Kontext des amerikanischen »Pivot to Asia«. SWP-Aktuell 2013/A 59, Oktober 2013, <http://www.swp-berlin.org>.

⁷ Siehe beispielsweise: Barbara Lippert, Die Ukraine-Krise und kritische Fragen an die EU-Erweiterungspolitik. SWP-Aktuell 2014/A 22, April 2014, <http://www.swp-berlin.org>. Obige strategische Fragestellungen sind Gegenstand von Kapitel 32.

nach der Katastrophe 1. Weltkrieg / 75 Jahre nach der Katastrophe 2. Weltkrieg zu einem großen Krieg in Europa führen kann? Oder war das „nur“ propagandistisches Geklapper staatlicher Desinformation aller beteiligten Konfliktparteien? Diese Fragen zeigen den geopolitischen Rahmen an, von dem die Außenpolitik der Deutschland-EU unausgesprochen getrieben wird und der den Subtext nachfolgender Darstellung bildet. Die machtstrategischen Fragen selbst werden in Kapitel 32.1. angegangen. Hier im Nachtrag wird auf außenpolitisches Informationsmaterial nur soweit zurückgegriffen, wie es zur Erklärung der deutschen Opfer-Täter-Zuweisungen im Verlauf der Ukraine-Krise beiträgt.

Die Ukraine-Krise belegt im vorstehenden Kontext des Weiteren, wie schnell die Stellung von Nationen auf dem Weltmarkt gegenwärtig ins Wanken geraten kann: Vom Herbst 2014 gesehen, lässt sich konstatieren, dass Deutschlands noch 2013 „hoffnungsvolle“ Beziehungen zu Russland, inklusive der von deutschen Ideologen ausgemachten Option eines Eurasisch-Deutschen Bündnisses (kritisch dargestellt in Kapitel 32), durch typisch preußisch-grobschlächtinge Diplomatie und das geschickte Agieren der USA auf Jahre zurückgeworfen oder gar nachhaltig beschädigt wurde. Die Ukraine-Politik Deutschlands 2013/2014 war wieder ein Glied in der Kette der Vabanquespiele, die Deutschland als sich selbst überschätzende aufstiegsbesessene Mittelmacht zur Ausdehnung seiner Einflussphären seit 1989 treibt – in Halbband 2 sind diese Kettenglieder aufgereiht.

B. Zu den deutschen Opfer-Täter-Verschiebungen in der Ukraine 2013/14 – 1. Akt

Vor dem Hintergrund des skizzierten instabilen Weltmachtgefüges nun zur Darstellung der deutschen Opfer-Täter-Zuweisungen im Kontext der blamablen deutschen Außenpolitik in der Ukraine-Krise. Die außenpolitischen Schritte werden hier nur soweit behandelt, wie aus ihnen die (modifizierte) Kontinuität der deutschen Ideologie ersichtlich wird.

Die deutsche Außenpolitik zog gegenüber der prorussisch orientierten ukrainischen Regierung Janukowitsch schon seit 2011 abwechselnd die Karten von Zuckerbrot und Peitsche, um sie in ein diktiertes, 1400 Seiten umfassendes EU-Assoziierungsabkommen zu zwingen. Dessen auf dem EU-Ukraine-Gipfel im Dezember 2011 vorgesehene Paraphrasierung erfolgte wegen der fürchterlichen Empörung in ganz Europa über die brutale Haft des armen Friedensengelschen mit dem BDM-Haarkranz erst im März 2012 – die EU entsandte hierzu nur untergeordnetes Personal gen Kiew. Deutschland verordnete kurz darauf de facto der gesamten EU-Elite den Boykott der in der Ukraine ausgetragenen Spiele der Fußball-EM 2012 – wie in Kapitel 15 angerissen. In übelster Despektierlichkeit sprachen *unsere* Demokraten dem demokratisch gewählten Präsidenten Janukowitsch die Legitimation ab, weil er durch sein Changieren zwischen EU und der von Russland beherrschten

Eurasischen-Wirtschaftsunion die „Freiheit“ der Ukraine blockierte, sich der EU-„Wertegemeinschaft“ anzuschließen. Seit 2011 folgten destabilisierende Demütigungen noch und nöcher für einen eh jungen fragilen Nationalstaat, der im internen ideologischen Kampf um die Findung einer mythischen nationalen Identität steckt und dessen ultranationalistische Kräfte so nur befeuert wurden. Solche üblen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten würde sich Berlin strikt verbieten – Frau Merkel empörte sich öffentlich wegen eines lächerlichen „Fuck the EU!“. Aber *wir* Herrenmenschen sind ja wieder wer.

Es lässt sich also als erstes festhalten, dass Deutschland die Destabilisierung der Ukraine seit 2011 zunächst mit Menschenrechtsphrasen im Duktus des neu-deutschen Kleinbürgertums betrieb.

Um den erfolglosen Druck auf die unwillige Regierung der Ukraine zu verstärken, griff Deutschland offenbar spätestens im Frühjahr 2013 in verschärfter Weise auf warmgehaltene Kräfte der orangenen Opposition und der installierten Klitschko-Partei zurück, sowie konsequenterweise auf Nachfolgekkräfte der in der BRD beheimateten faschistischen Exilorganisation (wie vor der Jugoslawien-Krise 1990 die Nachfolger der kroatische *Ustascha* wurden nun Nachfolger der westukrainischen *Organisation Ukrainischer Nationalisten OUN* hofiert), die in Kontinuität der NS-Zeit in der „Heimat“ politisch im Sinne des EU-Hegemons agiert.⁸

Als die Regierung der faktisch bankrotten Ukraine die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens eine Woche vor dem Termin 29.11.2013, durchaus begründet, aussetzte, standen die deutschen Heroen Kopf, was sich diese undankbaren slawischen „Untermenschen“ einfach herausnahmen. Darauf starteten – wie kolportiert wurde – EU-freundliche, zivilgesellschaftliche Kräfte von ganz unten den sogenannten *Euromaidan*. Sie hatten von der 20 jährigen politischen Geiselhaft der Ukraine durch verschiedene sich am Volksvermögen bereichernden Wirtschafts-Cliquen die Schnauze voll. Zentrale Inhalte lauteten „Für das EU-Assoziierungsabkommen“, „Demokratie“, „Menschenrechte“. Der Maidan wuchs sich innerhalb einer Woche spontan zu einer Massenbewegung Hunderttausender aus, die die Cliquenwirtschaft der Regierung Janukowitsch und der ihn unterstützenden sogenannten Oligarchen der Ostukraine mehr als gerechtfertigt anprangerten. Dass die „Freiheit“, die die EU meint, ihrerseits eine langfristige Austeritätspolitik mit sich bringt, wird der naiven Zivilgesellschaft des Maidan erst später dämmern, so wie ihre DDR-Volksgenossen erst durch bittere Erfahrung begreifen lernten, dass Kohls „blühende Landschaften“ die Chiffre für blühende Brachpflanzen der DDR-Industrieruinen sein würden. Schon am 1. Dezember 2013 wurde auf dem Maidan öffentlich der Sturz Janukowitschs gefordert. Deutschlands Propagandamaschine befeuerte die Maidan-Bewegung von Beginn regelrecht hetzerisch aus allen Rohren, brachte laufend TV-„Live“-Reportagen zu besten

⁸ Newsletter vom 05.12.2013 - Termin beim Botschafter. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58750>.

Sendezeiten. Ab Ende November 2013 bis jetzt im September 2014 liefen in allen wichtigen Sendeanstalten und Online-Ausgaben – drei Wochen im Juli 2014 unterbrochen von der Gaza-Kriegsinszenierung – unentwegt „Live“-Sendungen & Echtzeit-Ticker zur Krise in der Ukraine, obwohl es genügend andere dramatische Krisenherde weltweit gab. Im Vergleich hierzu waren beispielsweise die Beiträge der Medienlandschaft des großmannsuchtlosen Österreichs, dessen relativ großen ökonomischen Interessen in der Ukraine und Russland durch Deutschlands Ukraine-Kurs stark beschädigt werden, merklich zurückhaltender und sachlicher. Die mediale deutsche Dauerkampagne des Feindbilds Russland in der Person Putin nahm Fahrt auf.⁹

Die deutsche politische Rückendeckung und propagandistische Schützenhilfe war für die ukrainischen Kettenhunde das Signal, von ihren deutschen Patrons von den Ketten losgelassen zu sein. Aus der Westukraine herbei gekarrte Mitglieder der *Swoboda* errichteten das Maidan-Zeltdorf samt Infrastruktur, bildeten Selbstverteidigungskomitees und organisierten sich als paramilitärische Verbände. Verschiedene ultranationalistische Organisationen der Gesamtukraine schlossen sich als *Rechter Sektor* zusammen. Nur die schon zuvor gesetzlos agierenden paramilitärischen Verbände von *Swoboda* und Organisationen des Rechten Sektors waren in der Lage, die Maidan-Bewegung zu unterwandern, zu instrumentalisieren und schnell in Richtung Militanz zu drängen, linke und zivilgesellschaftliche Kräfte zurückzudrängen, zentrale Gebäude zu besetzen, Regierungsgebäude zu brandschatzen, das Lenin-Denkmal zu stürzen, Barrikaden zu bauen und zu verteidigen, dabei den Sondereinheiten der Sicherheitskräfte Paroli zu bieten, die Freilassung der zockenden, sich als Kriegsfurie outenden J.T. zu erpressen, usw. Von ein paar warnenden Alibistimmen abgesehen, klatschte die deutsche Journailenmeute dem – ihrer sonst so herausposaunten eigenen zivilisierten Rechtsstaatsauffassung Hohn sprechenden – Treiben des faschistischen, ultranationalistischen Mobs in hirnloser Staatsräson respektvollen Beifall. Ohne in Verschwörungstheorie zu verfallen, liegt die Frage nahe: wie konnten sich mittellose arbeitslose junge Männer ein halbes Jahr lang ohne Sponsoren in Kiew durchschlagen – und bewaffnen? Die deutsche Ukraine-Politik zeigt an, dass Deutschland zu seiner Normalität der Destabilisierungspolitik anderer Staaten zwecks ihrer Unterwerfung zurückgekehrt ist und ihr dabei jedes Mittel recht ist. Die knallharte Einbindung faschistischer Kollaborateure als Maulwürfe und nützliche Idioten der deutschen Außenpolitik ist endgültig enttabuisiert.

Die deutsche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine erreichte mit dem Maidan Besuch des Außenministers auf Abruf, Guido Westerwelle, schon am 5. Dezember 2013 ihren ersten offiziellen Höhepunkt. Dort traf er sich, mediengerecht in Rauchschwaden gehüllt, mit dem mehr schlecht als recht installierten deutschen Strohmann für die klare Kante.

⁹ Newsletter vom 03.12.2013 - Ein breites antirussisches Bündnis. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58748> .

„Newsletter vom 10.12.2013 - Unser Mann in Kiew

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Die Bundesregierung will den Box-Champion Witali Klitschko als Präsidentschaftskandidaten in der Ukraine platzieren und ihn in Kiew an die Macht bringen. Dies geht aus Medienberichten hervor. Demnach soll die Popularität des ukrainischen Oppositionspolitikers durch gemeinsame öffentliche Auftritte beispielsweise mit dem deutschen Außenminister gemehrt werden. Auch sei aus PR-Gründen ein Treffen zwischen Klitschko und Bundeskanzlerin Merkel beim nächsten EU-Gipfel Mitte Dezember geplant. Tatsächlich erhalten Klitschko sowie seine Partei UDAR nicht nur massive Aufbauhilfe von der Konrad-Adenauer-Stiftung; UDAR sei 2010 sogar im unmittelbaren Auftrag der CDU-Stiftung gegründet worden, berichtet ein CDU-Politiker. Schilderungen des Verlaufs von Stiftungsmaßnahmen, die dem Aufbau der Klitschko-Partei dienen, lassen erkennen, wie die deutsche Seite über UDAR Einfluss auf die innere Entwicklung in der Ukraine nimmt. In zunehmendem Maße wird inzwischen Polen für die Berliner Ukraine-Politik herangezogen. Die extrem rechte ukrainische Partei Swoboda ('Freiheit'), mit der Berlin und Warschau dabei kooperieren, steht in der Tradition von NS-Kollaborateuren, die im Zweiten Weltkrieg 100.000 Polen christlichen wie jüdischen Glaubens massakrierten.“¹⁰

Die Installation von politischen Strohmännern oder „Parteien“ in fremden Staaten ist ein beliebter Versuch der deutschen Parteienstiftungen, dort unter Mithilfe von NGO's deutschen Einfluss zu gewinnen. Bei dem (inzwischen in zwei Etappen unterzeichneten politischen und ökonomischen Teil des) Assoziationsabkommen der EU mit der Ukraine handelt es sich um die „freiheitliche“ Knebelung einer unterentwickelten, bankrotten Volkswirtschaft mit langfristigen äußerst schmerzhaften Austeritätsschritten für die Lohnabhängigen. Die wirkliche Geschäftsgrundlage des Abkommens wurde von der deutschen Propaganda im Innern verschwiegen und die Ukrainer bewusst in die Irre geführt – machtpolitisch gesteuerte staatliche Desinformation pur. Denn im Vordergrund stehen ganz andere, geostrategische Interessen Deutschlands als die vorgebliche Freiheit der Ukraine(r): der Landkorridor zum Kaukasus und Zentralasien soll unter deutsche Kontrolle gebracht werden, dadurch zugleich Russlands militärische Verteidigungslinie empfindlichst geschwächt werden, ohne der NATO-USA einen Zugriff auf die Ukraine einzuräumen. Aktuelle Priorität hat zudem: Die der EU assoziierte Ukraine gibt günstig Hilfstruppen für die GASVP und kriegsunwilligen Insassen der EU her. Von diesen Zielsetzungen ging die deutsche Außenpolitik, die um die Wende zu 2014 die PR-Kampagne zur „Übernahme von mehr Verantwortung in der Welt“ inszenierte, naiv sich selbst überschätzend, aus.

„Newsletter vom 11.12.2013 - Die militärische Seite der Integration

¹⁰ Newsletter vom 10.12.2013 - Unser Mann in Kiew. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58754>.

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Eine ausführliche Analyse aus Kiew bestätigt die Absicht, die geplante Anbindung der Ukraine an die EU mit einer Nutzung ukrainischer Truppen für deutsch-europäische Kriege zu verbinden. Wie es in einer Untersuchung heißt, die die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Kiewer 'Center for Army, Conversion and Disarmament Studies' veröffentlicht hat, gehe es bei der zur Debatte stehenden EU-Assoziierung 'unzweifelhaft' auch um die Integration der Ukraine 'in die Sicherheitskomponente der EU', die 'Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik' (GSVP). Seit 1991 hat Kiew regelmäßig mit der NATO kooperiert und auch Soldaten in NATO-Kriege entsandt. Der NATO-Beitritt des Landes ist jedoch unter anderem auf deutsches Betreiben verhindert worden. Inzwischen werden ukrainische Militärs zunehmend in EU-Truppen (Battle Groups) und EU-Interventionen (Atalanta) eingesetzt. Jenseits des Nutzens für deutsch-europäische Kriege weisen US-Spezialisten darauf hin, dass die militärpolitische Anbindung der Ukraine an die EU und ihre Lösung von Russland strategisch hohe Bedeutung hat: Ohne die Ukraine sei Russland, heißt es, nicht zu verteidigen.“¹¹

Deutschland erlitt mit Kiews Unterschrift-Verweigerung des EU-Machwerks zunächst eine bittere Niederlage in der „Schlacht um die Ukraine“ und im Kampf um die Erweiterung des Ostraums, genannt „Östliche Partnerschaft“. Eine Ausnahme von der publizistischen Speichelleckerei war der Einwurf eines (inzwischen wegen des „Kavaliersdelikt“ Steuerhinterziehung verurteilten) unverdächtigen politischen Veteranen, der der politisch verblödeten deutschen Volksgemeinschaft den geschichtlichen Spiegel vorhielt:

„Newsletter vom 06.12.2013 - Expansiver Ehrgeiz

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Ein einflussreicher deutscher Publizist und ehemaliger Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung kritisiert den 'expansiven Ehrgeiz' der aktuellen Berliner Ukraine-Politik. Bei dem Machtkampf um Kiew, der dem westlichen Publikum mit großem Gestus als Kampf um 'Selbstbestimmung' präsentiert wird, handele es sich 'in Wahrheit' lediglich um ein 'großes geopolitisches Spiel', schreibt Theo Sommer, langjähriger Herausgeber und 'Editor at Large' der Wochenzeitung 'Die Zeit'. Den EU-Assoziierungsabkommen, von denen die Ukraine eines unterzeichnen solle, 'stink(e)' 'expansiver Ehrgeiz aus allen Knopflöchern'. Sommers Hinweis auf die 'Geopolitik' ruft in Erinnerung, dass der Machtkampf um die Ukraine - ein 'Zwischenland' zwischen den Machtzentren Berlin und Moskau - von Deutschland im Zuge seiner stets weiter voranschreitenden Ostexpansion seit mehr als 100 Jahren immer wieder geführt worden ist. Nur kurz - im Frühjahr und im Sommer 1918 - gelang es dem Deutschen Reich, die Ukraine tatsächlich seiner Hegemonialsphäre einzuverleiben. Nach der Niederlage im Ersten

¹¹ Newsletter vom 11.12.2013 - Die militärische Seite der Integration. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58755>.

Weltkrieg setzten deutsche Strategen ihre Bemühungen mit gleichem Ziel fort. Kontinuitäten reichen bis in die Bundesrepublik.“¹²

Jahresanfang 2014 trat in Berlin eine kurze Phase der Irritationen ein, weil der Umsturz trotz aller deutschen politischen Unterstützung ausblieb. Da kamen dann Analysen zu Wort, wonach das EU-Abkommen der Ukraine „beträchtlichen wirtschaftlichen und sozialen Schaden zugefügt hätte“¹³.

Gegen Ende Januar 2014 verschärften die Rechte sowie die zwei westorientierten Oppositionsparteien unter Klitschkos Wortführerschaft mit deutscher politischer Rückendeckung den Druck auf Janukowitsch durch offene Militarisierung der Maidan-Bewegung.

„Newsletter vom 24.01.2014 - In die Offensive

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Nach der blutigen Eskalation der Proteste in Kiew droht Witali Klitschko, der Favorit Berlins in der Ukraine, mit einer neuen ‚Offensive‘ gegen die Regierung. Diese werde gestartet, sollte Präsident Janukowitsch nicht bis zum gestrigen Abend zurücktreten, hatte Klitschko am Mittwoch angekündigt. Der Rücktritt ist bis zum Ablauf des Ultimatums nicht erfolgt; die Spannungen steigen. Außenminister Frank-Walter Steinmeier sei ‚in verschiedener Weise‘ mit der ukrainischen Opposition ‚in Kontakt‘, teilt Bundeskanzlerin Merkel mit und erhöht den Druck auf die ukrainische Regierung: Diese müsse ‚die freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlungen‘ schützen. Die Gewalteskalation am letzten Wochenende, die der brutalen Polizei- Repression vorausging, wurde von Aktivisten der extremen Rechten initiiert, die von Anfang an an den Protesten des ‚Euromaidan‘ teilnahmen und dort inzwischen Beobachtern zufolge zunehmend auf Akzeptanz stoßen. ‚Fortschrittliche Aktivisten‘ müssten heute in Kiew ‚an zwei Fronten kämpfen‘, heißt es: ‚gegen ein Regime, das Polizeigewalt unterstützt‘, aber auch ‚gegen extremen Nationalismus‘. Anführer der extremen Rechten drohen mittlerweile mit einem Bürgerkrieg.“¹⁴

So ist das mit der scheinbaren „Meinungsfreiheit“, die sie meinen, solange diese geeignet ist, entgegen aller geheuchelten Rechtsstaatlichkeit den hegemonialen Interessen zu dienen. Diese Verdrehung ist allen imperialistischen Staaten eigen. Der Unterschied besteht darin, dass sich Deutschland dabei mit Inbrunst breitbeinig als *der* Bannerträger für „Menschenrechte“ geriert. Ab Ende Januar bestimmte der rechtsradikale Mob den Kurs der „Proteste“ in Kiew vollständig.

„Newsletter vom 29.01.2014 - Die Expansion europäischer Interessen

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Die von Berlin befeuerten Proteste in der Ukraine münden immer stärker in brutale Übergriffe ultrarechter Schlägertrupps. Berichte schildern, wie Polizisten fast ohne Gegenwehr mit Dachlatten und

¹² Newsletter vom 06.12.2013 - Expansiver Ehrgeiz. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58751>.

¹³ Newsletter vom 08.01.2014 - Integrationskonkurrenz mit Moskau. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58768>.

¹⁴ Newsletter vom 24.01.2014 - In die Offensive. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58782>.

Feuerlöschern aus Rathäusern geprügelt werden; Fotos zeigen angebliche Regierungsanhänger, die von Demonstranten aneinander gefesselt und mit Farbe beschmiert durch Kiew geschleift werden. Beobachter warnten bereits im Dezember, es gelinge Organisationen wie der extrem rechten Partei Swoboda in zunehmendem Maße, die Stimmung unter den Demonstranten zu prägen. Verantwortung dafür trägt auch Berlin, das Swoboda teils sogar direkt, vor allem aber durch seine politische Rückendeckung für den Schulterchluss der Oppositionschefs mit Swoboda-Anführer Oleh Tjahnybok unterstützt. Tjahnybok, erklärter Anhänger der SS-Division Galizien, wurde schon Anfang 2012 zu einem ‚Expertengespräch‘ der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in Kiew eingeladen. Zu Jahresbeginn hat Tjahnybok einen Gedenkmarsch von bis zu 20.000 Personen angeführt, der dem 105. Geburtstag des NS-Kollaborateurs Stepan Bandera gewidmet war. Dessen ‚Organisation Ukrainischer Nationalisten‘ (OUN) beteiligte sich im Gefolge der Nazis an der Vernichtung des europäischen Judentums.“¹⁵

Die deutsche Ukraine-Politik während des Euromaidan belegt ganz ungeniert die Kontinuität der deutschen Destabilisierungspolitik des *Teile und Herrsche* nach 1945 unter zuvor eher schamhaft verdecktem Einsatz faschistischer Kräfte. Welche destruktiven Folgen dies in den betroffenen Ländern nach sich zieht, schert Deutschland einen Dreck. Schon zu diesem Zeitpunkt verstärkte die deutsche Politik die zentrifugalen Kräfte der ukrainischen Regionen. Mit der faktischen politischen Einmischung durch ausdrückliche offizielle Rückendeckung des Vorgehens der faschistischen Kräfte gegen Janukowitsch, als prorussischer Repräsentant der Ostukraine, wurden die Weichen gestellt für die späteren diskriminierenden Maßnahmen des Umsturzregimes gegen den russisch sprachigen Bevölkerungsanteil. Stets versucht sich die BRD durch Schuldzuweisungen an andere als Heilbringer in Szene zu setzen – kurze Zeit später musste Russland als derjenige hinhalten, der den Separatismus in der Ukraine in Gang setzte. Da kann noch einiges Unappetitliches auf die Insassen von BRDigen zukommen.

„Newsletter vom 30.01.2014 - Nützliche Faschisten
KIEW/ZAGREB/BERLIN (Eigener Bericht) - Trotz anhaltender Übergriffe ultrarechter Kräfte in der Ukraine setzt Berlin die Regierung in Kiew weiter massiv unter Druck. Am gestrigen Mittwoch ist zum zweiten Mal ein Polizist ermordet worden. Der Anführer eines faschistischen Zusammenschlusses in Kiew teilt mit, er wolle die ‚Führung der Revolution‘ übernehmen. Dessen ungeachtet erklärt der Berliner Außenminister, die bisherigen ‚Angebote‘ des ukrainischen Präsidenten - ein Regierungsrücktritt und die Aufhebung neuer Versammlungsgesetze - genügten nicht; weitere Schritte seien notwendig. Nicht zum ersten Mal stützt sich die Bundesregierung auf Aktivitäten auch faschistischer Kräfte, um ein geostrategisches Ziel - in diesem Falle die

¹⁵ „Newsletter vom 29.01.2014 - Die Expansion europäischer Interessen. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58786>.

Abdrängung russischen Einflusses aus der Ukraine - durchzusetzen. Bereits vor 1990 hatte die Bundesrepublik ehemalige kroatische NS-Kollaborateure aus der faschistischen Ustascha gefördert, um Pläne für eine künftige Abspaltung Kroatiens von Jugoslawien voranzubringen. Jugoslawien galt als mögliches Gegengewicht gegen die deutsche Vorherrschaft in Südosteuropa. Auswirkungen der damaligen Stärkung faschistischer Kräfte zeigen sich in Kroatien bis heute.¹⁶

Wie selbstverständlich maßte sich Deutschland das Urteil über das „Angebot“ des von ihm zum Abschluss freigegebenen demokratisch gewählten Präsidenten eines anderen Landes an dessen Parlamentsopposition an! Der deutsche Oberhirte selbst plädierte ausgerechnet in dieser angespannten inneren politischen Lage der Ukraine auf der *Münchener Sicherheitskonferenz* mit preußischer Chuzpe für die deutsche Formel „Menschenrecht bricht UN-Völkerrecht“. Der Herr gab sich ahnungslos gegenüber den katastrophalen Resultaten der durch eben solche scheinlegitimierte deutsche Jugoslawien-Politik der 1990er Jahre. Die desolote Lage der dort „neuentstandenen“ „Nationalstaaten“ hielt ihn nicht ab, mit seiner Volte die Gefahr der Balkanisierung der Ukraine als weiteren europäischen Nachbarn zu stimulieren:

„Das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Grundsatz der Nichteinmischung dürfen gewalttätige Regime nicht unantastbar machen. Hier setzt das 'Konzept der Schutzverantwortung' an: Es überträgt der internationalen Gemeinschaft den Schutz der Bevölkerung vor Massenverbrechen, wenn der eigene Staat dieser Verantwortung nicht nachkommt. Als äußerstes Mittel ist dann der Einsatz von Militär möglich, und zwar nach sorgfältiger Prüfung und Folgenabwägung sowie Ermächtigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.“¹⁷

Das erinnert fatal an die Konzeption eines *liberalen oder gar ethischen Imperialismus* deutscher Färbung von 1915 des Pfaffenbruders Friedrich Naumann¹⁸. Dass dem selbsternannten Apostel der „Freiheit“ nach Maßstäben seiner eigenen Karriereleiter bei Antritt des Präsidialamtes so manches zuzutrauen war, war zu vermuten (siehe Kapitel 7). Dass er sich mit seiner Europarede Januar 2013, Rede zum Tag der deutschen Einheit 2013 und dann zur Sicherheitstagung Januar 2014 so schnell zum echten deutschen Schwerträger aufschwang, ist allerdings erstaunlich. Dass der Gauckler vom Schlösschen die PR-Kampagne zur deutschen „Verantwortung in der Welt“ als Stichwortgeber anheizte – nach der deutschen Devise: der Mann sagt endlich, was mal gesagt werden muss, sich aber kein deutscher Politiker zu sagen traut! – und sich in der Ukraine-Krise als Säbelrassler bewährte, der die Regierung vor sich hertreibt, macht den Mann schon mehr als unangenehm.

¹⁶ Newsletter vom 30.01.2014 - Nützliche Faschisten. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58787>.

¹⁷ Rede Bundespräsident Joachim Gauck zur: Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz. www.bundespraesident.de 31.01.2014.

¹⁸ Naumann Friedrich (1915): Mitteleuropa, Berlin.

Während Deutschland Anfang Februar 2014 die Forderungen zum Sturz von Präsident Janukowitsch politisch deckte und der deutsche Propagandaapparat den in Kiew marodierenden Mob lauthals stimulierte, brachte der *Hohe Repräsentant* im „Bosnischen-Frühling“¹⁹ die Soldateska der ständigen EUFOR-Operation zur Unterstützung der schwachen bosnischen Sicherheitskräfte gegen die rebellierenden Arbeiter von Tuzla in Stellung. Die Bosnier „genießen“ ja nun seit 20 Jahren auch jene von der Deutschland-EU zentral verordnete „Freiheit“, inzwischen als „Freizeitpark“ mit über 40% Arbeitslosigkeit. Über diesen Aufstand der unverschämten Arbeiter berichtete die Presse selbstredend nur so nebenbei. Auf die Ukrainer kommen solche tollen Freiheitserfahrungen auch recht bald zu, ihre Lage wird von der deutschen Propaganda dann ebenso achselzuckend in Unschuldsmiene nur als Randnotiz vom Typ „Kollateralschaden“ der „Freiheit“ des eigenen Aufstiegs zur Weltmacht gebucht.

Mitte Februar traten die rechten Kräfte des Maidan in Absprache ihrer liberalen Mittelsmänner mit Berlin zum Endsieg der nationalistischen Revolution an.

„Newsletter vom 19.02.2014 - Koste es, was es wolle
KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Am Tag nach gemeinsamen Absprachen der Bundeskanzlerin und zweier ukrainischer Oppositionsführer in Berlin sind am gestrigen Dienstag die Proteste in Kiew blutig eskaliert. Seit Monaten faktisch bedingungslos von Deutschland und anderen Staaten des Westens protegiert, hatten Demonstranten in den vergangenen Tagen offenbar begonnen, sich mit Schusswaffen und Munition auszurüsten. Unter den Todesopfern der gestrigen Unruhen befinden sich zwei erschossene Polizisten. Die blutige Eskalation erfolgte kurz nach der Erfüllung einer zentralen Forderung der Demonstranten, als sich erstmals Entspannung abzeichnete - taktisch zum Nachteil derjenigen, die wie etwa der ‚Mann der Deutschen‘ in Kiew, Witali Klitschko, den Rücktritt des ukrainischen Präsidenten fordern. Klitschko, der am Montag nach Berlin gereist war, um das weitere Vorgehen abzusprechen, droht mit einer weiteren blutigen Eskalation und erklärt, er schließe ‚den Einsatz von Gewalt bei einer Räumung des Maidan nicht aus‘. Zu den Kräften, auf die er sich dabei stützen kann, gehört eine Organisation, die sich explizit nach NS-Kollaborateuren beim Massenmord an sowjetischen Juden benennt. Eskalationsstrategien wie diejenige, die in Kiew gegenwärtig zur Anwendung kommt, sind der deutschen Außenpolitik nicht fremd.“²⁰

Am 21. und 22. Februar überstürzten sich die Ereignisse in der Ukraine. Am 21. unterzeichnete Janukowitsch noch das Abkommen zwischen den Außenministern Deutschlands, Frankreichs, Polens und Russlands mit Regierung und Opposition der Ukraine. Hierbei hob Deutschland die Partei

¹⁹ Demonstranten stürmen Verwaltungssitz in Sarajevo. www.handelsblatt.com 07.02.2014.

²⁰ Newsletter vom 19.02.2014 - Koste es, was es wolle. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58803>.

Swoboda auf offizielle politische Augenhöhe, der vorne angeführte faktische Tabubruch ist ab jenem Datum amtlich.

„Newsletter vom 21.02.2014 - Vom Stigma befreit

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Die deutsche Außenpolitik vollzieht eine Zäsur und öffnet sich erstmals für eine demonstrative Kooperation mit Kräften der extremen Rechten. Am 20. Februar ist der Berliner Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD) mit dem ukrainischen Faschistenführer Oleh Tiahnybok in den Räumen der deutschen Botschaft in Kiew zusammengetroffen. Unmittelbar flankiert von Tiahnybok stellte Steinmeier sich anschließend für die internationale Öffentlichkeit zu einem offiziellen Presse-Shooting. Wie das Auswärtige Amt auf seiner eigenen Webseite mit einem Bild bestätigt, nahm Tiahnybok, Vorsitzender der rechtsextremen Partei Swoboda, an den mehrstündigen gemeinsamen Verhandlungen über den bewaffneten Umsturz in der Ukraine mit zwei weiteren Oppositionsführern gleichberechtigt teil.“²¹

Die rechten Kräfte lehnten das Abkommen ab und drohten das Präsidialamt zu stürmen. Am Tag darauf, den 22.02., stürzte die Opposition im Parlament die Regierung und installierte sich als Umsturzregierung. Janukowitsch floh an einen unbekannt Ort. Damit endete die Feindzuweisung – 1. Akt mit dem gewünschten deutschen “Erfolg“.

Die Aufarbeitung der blutigen Eskalation auf dem Maidan am 19. Februar mit dutzenden Toten auf Seiten der Demonstranten und Sicherheitskräften wird bis jetzt verhindert. Die Eskalation wurde vom oppositionellen Aufruf zum Marsch aufs Parlament ausgelöst. Denn Klitschko & Co war bewusst, dass sie den Einfluss auf den Kurs der Maidan-Bewegung vollständig verloren hatten, die Rechte die Straße vollkommen beherrschte und diese nun die Einladung zum Endkampf serviert bekam, der im Staatsstreich endete. Die bisherig offizielle Version ist, dass Janukowitschs Scharfschützen die Übeltäter waren. Diese Version ist allerdings sehr brüchig. Dass und wie alle Beteiligten interner und externer Kräfte die Krise per Infiltration zum Sieden brachten, wird – wenn überhaupt – erst nach und nach desinformierend in Bruchstücken ans Tageslicht kommen²².

„Newsletter vom 06.03.2014 - Die Kiewer Eskalationsstrategie

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Der estnische Außenminister äußert den Verdacht, ‚jemand aus der neuen Koalition‘ in Kiew könne die Scharfschützen-Morde auf dem Majdan veranlasst haben, die dem von Berlin massiv vorangetriebenen Umsturz in Kiew unmittelbar vorausgegangen sind. Dies geht aus einem abgehörten und im Internet veröffentlichten Telefongespräch hervor. Demnach hat Außenminister Urmas Paet der EU-Chefaußenpolitikerin

²¹ Newsletter vom 21.02.2014 - Vom Stigma befreit. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58805>.

²² Nach offizieller Antwort auf eine kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Partei DIE.LINKE sollten EU-Ermittler bis Ende September einen Bericht vorlegen, der ausgerechnet auf den Ermittlungen der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft beruht. Siehe: Dietmar Neuerer, Wer waren die Todesschützen vom Maidan? www.handelsblatt.com 23.09.2014.

Catherine Ashton kürzlich berichtet, eine Kiewer Ärztin sei der Auffassung, tödliche Wunden bei Polizisten und Demonstranten wiesen dieselbe Handschrift auf und könnten von denselben Mördern stammen. Dass die Regierung in Kiew bisher keine Untersuchung eingeleitet habe, wecke den Argwohn, Elemente aus ihren Reihen könnten für die Morde verantwortlich sein. Tatsächlich ist längst durch Videos dokumentiert, dass Scharfschützen auf beide Seiten geschossen haben. In der durch Paets Äußerungen belasteten Umsturzregierung, die weiterhin eine überaus enge Unterstützung durch die Bundesregierung genießt, sind extrem rechte Kräfte stark vertreten - mehrere Politiker von Swoboda, aber auch der Anführer der bewaffneten Milizen auf dem Majdan und der Chef des paramilitärischen ‚Pravy Sektor‘ (‚Rechter Sektor‘). Beide haben; höchstrangige Posten erhalten: Sie amtieren heute als Sekretär bzw. als stellvertretender Sekretär im Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine, der vom Präsidenten persönlich geleitet wird.“²³

Die Phase deutscher Ukraine-Politik von November 2013 bis zum Sturz Janukowitsch am 22. Februar 2014 wurde hier aus drei Gründen relativ lang behandelt. Erstens ist die Zusammenarbeit Deutschlands mit Faschisten als nützlichen Idioten seiner Herrschaftspolitik ab dem Datum höchst offiziell. Zweitens ging im Laufe der Eskalation 2014 die Klarheit verloren, dass Deutschland die Ukraine-Krise losgetreten hat, um die dortige Vormachtstellung Russlands zu brechen und diese selbst zu übernehmen. Legendenbildung ist also vorprogrammiert. Drittens ist die Ukraine-Krise keineswegs zu Ende und die deutschen Zeitgenossen haben noch halbwegs einen Begriff von ihr. Tatsache bleibt: Deutschland ist in der Ukraine-Krise der Aggressor von Anfang an gewesen. Es setzte alle politischen Mittel ein zur Ausdehnung seiner Einflussphäre im „Ostraum“, um Russlands alte Vormachtstellung in „seinem angestammten“ „Vorland“ und „Neuland“ zurückzudrängen oder zu vernichten. Russland griff nicht an, sondern verteidigte seine scheinbar „natürliche“ Einflussphäre elastisch mit seinen Mitteln. Dessen ungeachtet wurde von westlicher Seite, insbesondere in Deutschland, Russland propagandistisch in Verkehrung der Fakten als Aggressor von Anfang an gebrandmarkt. Dazu später mehr, jetzt zunächst zur 180 Gradwende Deutschlands gegenüber dem Umsturzregime in Kiew.

C. Zu den deutschen Opfer-Täter-Verschiebungen in der Ukraine 2013/14 – 2. Akt

Mit dem Antritt der Umsturzregierung wurde die innerukrainische Feindzuweisung Deutschlands hinfällig. Russland blieb als äußerer Feind Maximus/Optimus der „Freiheit“ der Ukraine übrig und wurde so auch bis Spätsommer 2014 mit zunehmender Ereiferung entsprechend jeder weiteren Eskalationsstufe rund um die Uhr auf dem medialen Basar als *der* Aggressor

²³ Newsletter vom 06.03.2014 - Die Kiewer Eskalationsstrategie. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58815>.

serviert. Die Umsturzregierung nach deutschem Geschmäcke kam faktisch unter deutsches Kuratel. Die Posten wurden verteilt, wie es hinter den Kulissen schon im Frühjahr 2013 abgesprochen war. Die im Maidan entschiedenen militanten Umsturzkräfte forderten, auf Basis ihrer inzwischen errungenen Stärke, wichtige sicherheitspolitische Posten in der Regierung und dem Staatsapparat. Deutschland blieb nichts übrig, als zuzustimmen, wenn es nicht selbst das machtpolitische Heft aus der Hand verlieren wollte. Die ukrainische Staatstreichregierung bekam Nachhilfestunden vom deutschen Personal über die in Berlin geplante EU-Marschrichtung.

„Newsletter vom 24.02.2014 - Testfeld Ukraine

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Berlin kündigt nach dem Staatsstreich seiner Stellvertreter in der Ukraine weitere Unterstützungsmaßnahmen für sie an. Kiew könne nun eventuell Finanzhilfen aus Brüssel erhalten, heißt es in Regierungskreisen. Zudem führt eine Delegation des Europaparlaments unter der Leitung des deutschen Abgeordneten Elmar Brok (CDU) in der ukrainischen Hauptstadt Gespräche über das weitere Vorgehen. Die Willkürpraktiken Berlins und seines ukrainischen Personals, die bereits das Vorgehen vor dem Staatsstreich prägten, zeigen einmal mehr, dass die Bundesregierung zu allen Mitteln greift, um ihre geostrategischen Ziele durchzusetzen; in außenpolitischen Kreisen der deutschen Hauptstadt gilt die Intervention in der Ukraine dabei als Testlauf für eine künftige deutsch-europäische Weltpolitik. Im Windschatten der Operationen erstarken faschistische Kräfte weiter: Ein Swoboda-Politiker soll den Posten des Generalstaatsanwalts der Ukraine erhalten.“²⁴

Nun wurde das EU-Assoziierungsabkommen in Deutschland nicht mehr als Paradiesvorgaben des goldenen Westens für die Ukraine geschönt, sondern – wie überall nach Regierungswechsel – Kassensturz gemacht. Das nur in Fetzen öffentlich gemachte Ergebnis war erwartet desaströs, so dass die regierungsberatenden deutschen Berufsdenkler flugs einen weiteren „EU-Kreis“ ausheckten, dem sie machtstrategisch-denkerisch so einiges einfach mal zuordneten.

„Newsletter vom 25.02.2014 - Der zweite Kreis der EU

BERLIN/KIEW/BERN (Eigener Bericht) - Nach dem prowestlichen Umsturz in Kiew bereiten deutsche Politiker die Öffentlichkeit auf eine desaströse wirtschaftliche Zuspitzung der Lage in der Ukraine vor. Wurde zuletzt stets suggeriert, das Land könne nur bei einer Anbindung an die EU eine gedeihliche Entwicklung nehmen, so heißt es nun - zutreffend -, die Ukraine sei faktisch bankrott. Der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok sagt ihr eine ‚schwierige‘ Zeit voraus: ‚Es sind noch nie die Goldtaler vom Himmel gefallen, außer im Märchen‘. Tatsächlich haben Experten schon im Herbst darauf hingewiesen, dass die Ukraine im Fall ihrer EU-Assoziierung wegen der

²⁴ Newsletter vom 24.02.2014 - Testfeld Ukraine: Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58806>.

Rückständigkeit ihrer Industrie mit dramatischen wirtschaftlichen Einbrüchen zu rechnen habe; Arbeitslosigkeit und Armut würden erheblich steigen. Für die Ukraine, aber auch für andere Staaten wie etwa die Türkei schlägt eine Stellungnahme aus der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) nun die Einführung eines besonderen Status' der Anbindung vor. Ein solcher ‚zweiter Kreis‘ der EU würde den ökonomischen Anschluss auch von Ländern wie der Schweiz ermöglichen, die sich einem EU-Beitritt politisch widersetzen. Bei der SWP heißt es, die Pläne könnten auch auf Katalonien und Schottland angewandt werden, sollten diese sich aus Spanien bzw. Großbritannien lösen.“²⁵

Der deutsche Plan für die Ukraine ging nur bedingt auf – und dann unter. Die Ultrationalisten und Faschisten trieben ab jetzt die ukrainische Regierung vor sich her. Sie waren auf Grund ihres antirussischen Ultrationalismus die einzige militante Kraft, die in der Lage war, den desolaten, frustrierten staatlichen Sicherheitsapparat mit Freiwilligenverbänden mental stabilisieren zu können. Die sofortige Ankündigung des Gesetzes der Abschaffung Russisch als zweiter Amtssprache brachte die russisch sprechende große Minderheit der Südostukraine und der Krim in ernste Wallungen. Deutschland nahm die Regierungsbildung unter Hereinnahme von Swoboda und Rechter Sektor aus machtpolitischen Gründen bewusst in Kauf und trägt die Verantwortung für die losgetretene anti- und prorussische Lawine, die in die Autonomie- und sodann Separationsbewegung der Krim und Ostukraine mündete. Schon zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich ab, dass das zentrale Anliegen des Euromaidans, die verhassten sogenannten Oligarchen mit der Heilsbringer Deutschland-EU aus der Politik zu treiben, Wunschdenken war. Die Umsturzregierung ernannte, sicherlich mit deutscher Rückendeckung, gleich zwei der Kleptokraten zu Gouverneuren – ausgerechnet in der Ostukraine.²⁶ Die bösen Oligarchen wandelten sich nun im deutschen Jargon zu ehrenhaften Unternehmern, sie waren ab Mai satisfaktionsfähig für Außenamts-Chef Steinmeier²⁷, einer von ihnen schaffte es kurze Zeit später nach Abnicken des „Westens“ zum „demokratisch“ gewählten Präsidenten. Ab Sommer 2014 beharkten die Herren und die BDM-Kranz Dame sich wechselseitig mit Privatarmeen bis aufs Messer.

Mit Antritt der Umsturzregierung in Kiew galt es für Russland, den deutschen Angriff durch optimale Destabilisierung der Ukraine zu Fall zu bringen und Deutschland notfalls eine kaum bewältigbare neue Großbaustelle zu bescheren. Dazu baute Moskau auf die Verunsicherung der russischsprachigen Bevölkerung der Südostukraine einschließlich der Krim auf. Russland konnte auf Basis der

²⁵ Newsletter vom 25.02.2014 - Der zweite Kreis der EU. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58807>.

²⁶ Newsletter vom 07.03.2014 - Die Restauration der Oligarchen. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58816>.

²⁷ Siehe für den Mai: Newsletter vom 15.05.2014 - Die Restauration der Oligarchen (II). Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58866>. Ferner: Newsletter vom 16.05.2014 - Die Restauration der Oligarchen III. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58867>. Nach Poroschenkos Amtsantritt wurden die kleptokratischen Karten wieder neu gemischt: Newsletter vom 26.05.2014 - Die Restauration der Oligarchen (IV). Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58876>.

durch Kiews eingeschlagenen antirussischen Kurs beunruhigten russischsprachigen Bevölkerung der Südostukraine²⁸ schon im März mit einer straffen Infiltration der Krim auf Deutschlands Angriff auf Moskaus „natürliche“ Einflusszone reagieren. Russland hielt seine 20 jährige Destabilisierungspolitik der Ukraine bis dahin mit Zuckerstücken grenzwertig auf Sparflamme, um die Ukraine in die Eurasische Wirtschaftsunion zu ziehen. Russlands völkische bis panslawistische Propaganda, mit ihren chauvinistischen großrussischen Untertönen fiel auf fruchtbaren Boden. Umgehend bildeten prorussische Kräfte eine autonome Regierung der Krim, setzten, sicherlich unter russischem „Schutz“, ein Referendum zur Sezession an. Das versetzte die anderen sich einmischenden Hauptkräfte des Kampfes um die Hegemonie in der Ukraine wegen der großen geostrategischen Bedeutung der Krim in starke Bewegung. Sie meinten mit dem Vorschlag einer Verhandlungslösung ihre Gesichter im Zeichen der geostrategischen, historischen Blamage wahren zu können.

„Newsletter vom 03.03.2014 - Der Krim-Konflikt

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Die deutsche Kriegsmarine entsendet parallel zur Eskalation der Krise um die Krim ein Spionageschiff in Richtung Mittelmeer. Berichten zufolge hat die ‚Alster‘, die bereits das syrische Kriegsgebiet ausspionierte, ihren Heimathafen verlassen; ob sie ihre Fahrt durch das Mittelmeer weiter ins Schwarze Meer fortsetzen wird, hält die Bundeswehr geheim. Mit den Auseinandersetzungen um die Krim erreicht der Machtkampf um die Ukraine ein Gebiet von immenser geostrategischer Bedeutung für Moskau. Auf der Halbinsel ist die russische Schwarzmeerflotte stationiert; die Krim gilt dabei als ‚Sprungbrett ins Mittelmeer‘, wo Russland seit 2013 wieder stärkere Aktivitäten entfalten und ein Gegengewicht zu den USA bilden will. Die prowestliche Umsturzregierung in Kiew könne das Stationierungsabkommen kündigen und damit der russischen Stellung eine zentrale Grundlage entziehen, ist zu hören. Moskau hat ohnehin seit dem Kollaps der Sowjetunion 1991 ansehen müssen, wie die NATO ihre Stellung im Schwarzen Meer immer stärker ausgebaut hat - auf russische Kosten und unter Beteiligung der Bundeswehr. Die geostrategische Bedeutung der Krim erklärt, wieso die Bundesrepublik - anders als etwa im Falle des ehemaligen Jugoslawien - versucht, die Abspaltung der Halbinsel und ihre politische Annäherung an Russland mit allen Mitteln zu verhindern.“²⁹

Die Positionierung Deutschlands in der Krim-Krise im März 2014 war nur die geheuchelte Rückkehr Deutschlands zur Priorität des Völkerrechts, da die Krim ein militärstrategischer Standort erster Ordnung ist, den die BRD sich gern als Beute zugeschlagen hätte. Denn Freizeitpolitikers Gauck‘ Rede als Bundespräsident auf der Münchner Sicherheitskonferenz bestätigte erst einen

²⁸ Ob das Außenministerium der BRD sich auskennt, wenn es irgendwo was einfädelt, kann glatt bezweifelt werden: Kerstin Zimmer, Ukraine - Das kranke Herz. www.faz.net 27.07.2014.

²⁹ Newsletter vom 03.03.2014 - Der Krim-Konflikt. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58811>.

Monat zuvor die völkerrechtswidrige destabilisierende völkische deutsche Linie – wie oben gelistet und totsicher mit dem AA abgesprochen. Und nun war die Krim futsch!

Die Krim-Krise war das Einfallstor der USA zur Störung der Deutsch-Russischen Sonderbeziehungen. Sie brachten Sanktionsforderungen gegen den „Aggressor“ Russland, um dessen ökonomischen und machtpolitischen Wiederaufstieg zu bremsen, Deutschland ökonomisch und politisch zu schwächen und die deutsche Option eines Eurasischen Bündnisses zu durchkreuzen. Offensichtlich signalisierte das „Fuck the EU!“ der Staatssekretärin im AA der USA vor dem Umsturz, dass ihnen das Agieren des deutschen Strohmans in die Quere kam. Mit der Forderung nach Sanktionen gegen Russland und dem sofortigen Aufspringen der EU-Hauptantagonisten England und Frankreich auf den US-Sanktionszug war Deutschlands Ukraine-Geklapper am Boden zerstört. Deutschlands Industriebosse knurrten vernehmlich. Merkel wurde hörbar stiller. Wie in der selbst gestellten Falle laviieren, um aus ihr nicht vollkommen geschoren herauszukommen?³⁰ Dem Stab des deutschen Außenamts hätte bei der platten Installation ihres Strohmans und dem Schüren oder zumindest Dulden fortgesetzter innerukrainischer Eskalation klar sein müssen, dass die gewieften Außenpolitikapparate der Hauptkonkurrenten Russland und USA jede Schwäche Deutschlands ausnutzen würden, um dessen Ostrau-Offensive in der Ukraine, Moldawien und Georgien in ein nicht zu bewältigendes deutsches Problem zu verwandeln. Die typische deutsche Überheblichkeit aus Selbstüberschätzung wird dort kaum zu solch glimpflichen Resultaten für den Möchte-Gerne-Groß führen, wie bei der bewussten Zerlegung Jugoslawiens durch deutsche Großmachtgelüste. Dazu ist das „Neuland“ Ukraine als verteidigungsstrategisches „Vorland“ an Russlands Westflanke zu wichtig, als wenn Russland stillhalten könnte beim Verlust seiner „althergestammten“ Einflusszone³¹. Die Ukraine-Krise beschleunigte schon in diesem Stadium den völkischen Rechtsruck – der hier im gesamten Halbband 1 auch als Tendenz der EU-Länder ausgemacht wurde – in der Ukraine selbst wie insbesondere in Russland³².

Die verheerenden Ergebnisse der deutschen Außenpolitik in der Ukraine bis Anfang März 2014 und der einhergehenden desinformierenden Propaganda gegen Russland wurde auch aus den eigenen Reihen der Spezialisten bis an die Grenze diplomatischer Sprachregelungen kritisiert – selbstverständlich ergebnislos.

³⁰ Sascha Lohmann, Unilaterale US-Sanktionen gegen Russland. Perspektiven für die transatlantische Zusammenarbeit. SWP-Aktuell 2014/A 30, www.swp-berlin.org Mai 2014.

³¹ Sabine Fischer, Eskalation der Ukraine-Krise. Gegensätzliche Interpretationen erschweren internationale Diplomatie. SWP-Aktuell 2014/A 13, www.swp-berlin.org März 2014.

³² Uwe Halbach, Russland im Wertekampf gegen »den Westen«. Propagandistische und ideologische Aufrüstung in der Ukraine-Krise. SWP-Aktuell 2014/A 43, www.swp-berlin.org Juni 2014.

„Newsletter vom 12.03.2014 - Bilder des Kalten Krieges

BERLIN/KIEW (Eigener Bericht) - Ein Berliner Osteuropa-Experte erhebt schwere Vorwürfe gegen die Ukraine-Politik und die Ukraine-Berichterstattung in der Bundesrepublik. Berlin und die EU hätten jahrelang russische Kooperationsangebote systematisch ignoriert und Moskau massiv provoziert, urteilt Stefan Meister, Russland-Spezialist des European Council on Foreign Relations (ECFR). Sie trügen daher ‚eine große Mitschuld‘ an der aktuellen Kriseneskalation. Insgesamt werde der Konflikt mit Russland im Westen ‚zu einseitig‘ beurteilt: ‚Wir bedienen ... Bilder des Kalten Krieges‘. Während Politik und Medien die Öffentlichkeit auf eine weitere Eskalation vorbereiten, zeichnen sich für den Fall, dass die Bevölkerung der Krim am Sonntag für den Anschluss an Russland stimmt, erste Ansätze für eine Destabilisierung der Halbinsel ab. So stellen militante ukrainische Faschisten in Aussicht, sie würden ihr ‚Vaterland bis zum Ende verteidigen‘; ihre Mobilisierung hat inzwischen begonnen. Einige von ihnen kämpften bereits in Tschetschenien als Milizionäre gegen die russischen Streitkräfte. Zudem heißt es, Moskau habe mit Angriffen aus dem salafistischen Spektrum der muslimischen Krim-Tataren zu rechnen. Einige dieser Salafisten haben Kampferfahrung aus dem Syrien-Krieg.“³³

In Deutschland gab es in dieser Phase, trotz oder vielleicht gerade wegen der ätzenden Propagierung der „Putinspiele“, noch immer zu viele „Putinverstehere“. Der Medienapparat wurde auf Vordermann gebracht. Er stellte sich nun freiwillig geschlossen hinter die deutsche Staatsraison. Interessant waren Forderungen nach Meinungseinschränkung gerade auch aus grün-neu-deutscher Ecke.

„Newsletter vom 17.03.2014 - Die freie Welt

BERLIN (Eigener Bericht) - Angesichts der bevorstehenden Übernahme der Krim durch Russland verschärfen Politik und Medien in Deutschland ihre antirussische Agitation. In der allgemeinen Öffentlichkeit sei ‚das Verständnis für die vermeintlichen Motive Moskaus‘ in puncto Krim noch ‚beachtlich groß‘, bemängelt eine führende deutsche Tageszeitung; darin spiegele sich die Ansicht, die weltpolitischen Aggressionen des Westens seien ‚nicht besser oder sogar noch schlimmer‘. Vor diesem Hintergrund hat sich nun ein deutsches Leitmedium, die ‚Süddeutsche Zeitung, von einer russischen PR-Beilage getrennt, deren Verbreitung sie nach einem lukrativen europäisch-russischen Wirtschaftstreffen begonnen hatte. Ein anderes Leitmedium, das Wochenblatt ‚Die Zeit‘, ‚entschuldigt‘ sich für den Abdruck differenzierter Texte zur Ukraine, weil deren Autor, ein freier Journalist, sich mit redaktionellen Arbeiten für die erwähnte PR-Beilage über Wasser gehalten hatte. Die deutsche Spitzenkandidatin der ‚Grünen‘ im Europaparlament hat vergangene Woche für Ex-Kanzler Gerhard Schröder, der kritisch zur Ukraine-Politik der EU Position bezieht, ein Redeverbot verlangt. Die Forderung, das Recht auf freie

³³ Newsletter vom 12.03.2014 - Bilder des Kalten Krieges. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58821>.

Meinungsäußerung offen einzuschränken, ist erst vom Europaparlament zurückgewiesen worden, nicht von ihrer deutschen Partei.“³⁴

Die deutschen Denker sahen das Vorgehen Deutschlands im Zeichen der wachsenden selbsterhofften, PR gepushten „Führungsrolle“ Deutschlands in Europa. Den faktischen deutschen medialen Schulterschluss vermochten nur einzelne Gegenstimmen zu durchbrechen.

„Newsletter vom 19.03.2014 - Ein neuer Wilhelminismus

BERLIN (Eigener Bericht) - Das außenpolitische Establishment Berlins will neue ‚Rufe‘ nach ‚deutscher Führung‘ im eskalierenden Konflikt mit Russland vernommen haben. ‚Nicht von der EU, noch nicht einmal so richtig von den Vereinigten Staaten‘ werde diese ‚Führung‘ erhofft, sondern von Berlin, berichtet ein Teilnehmer des jüngsten ‚Bergedorfer Gesprächskreises‘ der Hamburger ‚Körper-Stiftung‘ unter Bezug auf die dortige Debatte. An ihr hatten sich außer Vertretern der deutschen Außenpolitik auch Experten aus weiteren EU-Staaten beteiligt und die Ansicht erkennen lassen, ‚die Hauptrolle in Europa‘ falle ‚einfach Deutschland zu‘. Während die PR-Kampagne für eine aggressivere deutsche Weltpolitik fort dauert, melden sich im außenpolitischen Establishment inzwischen auch vorsichtigere Stimmen zu Wort. Die ‚deutsche Macht‘, die heute immer wieder beschworen werde, dürfe nicht überschätzt werden, heißt es etwa. Ein einstiger Chefredakteur der Wirtschaftszeitung ‚Handelsblatt‘³⁵ wirft der Berliner Außenpolitik ausdrücklich einen ‚neuen Wilhelminismus‘ vor. Ganz wie im späten deutschen Kaiserreich werde das Machtstreben öffentlich in einer Weise begleitet, die ‚auftrumpfend und abkanzeln‘ zugleich sei; das habe sich bereits in der Auseinandersetzung um die Euro-Krise gezeigt. Die Berliner Kompromisslosigkeit sei fatal; Deutschland solle sich stattdessen ‚von der Idee verabschieden, alle anderen in Europa müssten sich ändern‘ - nur die Deutschen nicht.“³⁶

Das deutsche Wesen trägt den Wilhelminismus als Alter Ego in sich. Dementsprechend spukt *zuerst-Europa-und-dann-die-ganze-Welt* wieder zunehmend in deutschen Hirnschädeln. Für sein Großmachtstreben nahm Deutschland die „Kollateralschäden“ des rechten Terrors zur antirussischen Einschränkung der veröffentlichten Meinung mit übelsten Mitteln aus der Mitte des Parlaments der Ukraine weggehend und weghörend in Kauf.

„Newsletter vom 21.03.2014 - Ein fataler Tabubruch

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Parlamentarier der neuen, mit deutscher Hilfe an die Macht gebrachten ukrainischen Regierung rufen mit Überfällen auf Fernsehredaktionen massive Proteste hervor. Bereits am Dienstagabend waren Abgeordnete der Partei Swoboda ins Büro des Direktors des staatlichen

³⁴ Newsletter vom 17.03.2014 - Die freie Welt. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58824>.

³⁵ Bernd Ziesemer, Auftrumpfend und abkanzeln. Deutschland sollte dringend über seinen außenpolitischen Stil nachdenken. Internationale Politik März/April 2014. Siehe dort auch: Hanns W. Maull, Zu kurz gesprungen. Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstüberschätzung und Wegducken. Internationale Politik März/April 2014.

³⁶ Newsletter vom 19.03.2014 - Ein neuer Wilhelminismus. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58826>.

Fernsehsenders NTKU gestürmt und hatten ihn unter Schlägen und Beleidigungen zum Rücktritt gezwungen. Ähnliches war tags zuvor in Tschernihiw geschehen. Die Attacken haben in Kiew zu empörten Protesten dutzender Journalisten geführt und die OSZE-Beauftragte für die Medienfreiheit auf den Plan gerufen. Sie entsprechen der Swoboda-Programmatik, die vorsieht, sämtlichen Medien die Lizenz zu entziehen, die ‚anti-ukrainische Propaganda verbreiten‘. Das Parteiprogramm fordert zudem, den Gründungstag der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) zum nationalen Feiertag zu erheben. Die UPA beteiligte sich am Massenmord an ukrainischen Juden und massakrierte zudem zehntausende Polen; Schätzungen beziffern ihre Opfer mit um die 100.000 Menschen. Deutsche Medien attestieren der Partei, die der deutsche Außenminister international hoffähig gemacht hat, keine ‚faschistische‘, sondern eine höchstens ‚nationalistische‘ Partei zu sein; ihr Anführer Oleh Tiahnybok habe sie, behauptet eine bekannte Tageszeitung, ‚aus dem rechten Sumpf herausgeführt‘.³⁷

Die sowohl private als offizielle deutsche Blindheit auf dem rechten Auge galt erst recht für die Ergüsse der Medien in der Ukraine-Krise. Verschweigen und Verharmlosung der bedenklichen Entwicklung nach rechts war/ist an der Tagesordnung. Denjenigen, die auf den entscheidenden Machtzuwachs der Faschisten und Ultrationalisten hinwiesen, wurde/wird generell unterstellt, dass sie die Euromaidan-Bewegung insgesamt diskreditieren wollen.³⁸

Deutschland hätte Handlungsspielraum gehabt. Denn die Deutschland-EU hatte die Umsturzregierung schon nach einem Monat soweit ökonomisch im Schwitzkasten, dass diese den politischen Teil des EU-Assoziationsabkommens unterschrieb – um nicht den finanziellen Bankrott der Ukraine³⁹ erklären zu müssen.

„Newsletter vom 24.03.2014 - Die Europäisierung der Ukraine
KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit der Unterzeichnung des politischen Teils des EU-Assoziierungsabkommens hat letzte Woche die Übernahme der Ukraine in das deutsch-europäische Hegemonialsystem begonnen. Dem Land, dessen aktuelle Regierung in einem nicht demokratisch legitimierten Umsturz an die Macht gekommen ist, steht nun die Anpassung an EU-Standards auf allen Ebenen bevor. Neben der Angleichung an das Brüsseler Normensystem geht es zunächst um die Einbindung in die deutsch-europäische Außen- und

³⁷ Newsletter vom 21.03.2014 - Ein fataler Tabubruch. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58829>.

³⁸ Die Redaktion der Zeitschrift Bahamas wirft Teilen der Antifa zu Recht vor, mit ihrer undifferenzierten Zuweisungen der „Russophobie“ an die Euromaidan-Bewegung selbst im völkischen Graben gelandet zu sein. Siehe: Redaktion Bahamas, Gegen den völkischen Antifaschismus und dessen Feindbild Russophobie. Dort zudem ein Leckerbissen zur Kontinuitätslinie der großrussischen Praxis Moskaus gegenüber Kiew: Dem chauvinistischen großrussischen Pack den Kampf ansagen! Ein Gastbeitrag des Genossen Lenin. Bahamas Nr. 68, Frühjahr 2014, www.bahamas. Wer aus den chauvinistischen großrussischen, panslawistischen Sirenenklängen sowjetunionistische Untertöne zu vernehmen meint, ist den Mythen schon unrettbar erlegen.

³⁹Zahlreiche Analysen der osteuropäischen Länder und ihrer Wahrnehmung in Deutschland sind zu finden: *Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen* www.laender-analysen.de. Darunter alleine 135 Ukraine-Analysen bis September 2014.

Militärpolitik; an EU-Battle Groups und EU-Militäreinsätzen nimmt die Ukraine bereits teil. Zudem streben westliche Energiekonzerne, darunter deutsche, die Eroberung der ukrainischen Erdgasbranche an. Dies erstreckt sich auch auf umstrittene "Fracking"-Methoden, die zum Einsatz kommen sollen, um den russischen Erdgas-Einfluss auf Kiew zu schwächen. Schließlich steht dem Land eine krasse Verarmungspolitik à la Griechenland bevor – ‚extreme Austerität‘, wie Experten urteilen. Dies könne, heißt es, ‚die gerade erfolgte politische Wende in der Ukraine torpedieren“.⁴⁰

Solche Risiken und unten stehende Folgen nimmt das von der Konkurrenz der Führungsnationen des Weltmarkts getriebene Deutschland als Mittelmacht seit der Wende 1989 spielend in Kauf, wenn es dem eigenen Aufstieg dient. Die von den rechten Kräften beschleunigte Rechtswillkür der Umsturzregierung, die antirussische Dynamik und die Rückkehr der Macht der Kleptokraten rief selbst Berliner Regierungsberater zu scharfer Kritik auf den Plan.⁴¹ Die Einwürfe gewichtiger Kritiker Berlins hatten und haben kein Gewicht gegenüber der übergreifenden Bestimmung der deutschen Außenpolitik durch die Interessen der Bourgeoisie als dem Träger des *nationalen Gesamtkapitals*. Ebenso ist das in allen anderen Ländern. Politik mit Moral in Einklang bringen zu wollen, ist mehr als naiv, es ist gemeingefährlich.

„Newsletter vom 08.04.2014 - Die Perspektive 2030

BERLIN (Eigener Bericht) - Militärstrategische Hintergründe des Machtkampfs um die Krim finden ihren Niederschlag in der aktuellen Debatte um die künftige EU-Marinestrategie. Experten zufolge steht die Arbeit an der Strategie, die in diesem Sommer verabschiedet werden soll, auch deswegen in Brüssel auf der Tagesordnung, weil davon auszugehen ist, dass der Westen bis 2030 sein gegenwärtiges Monopol auf Marine-Kampfeinsätze in aller Welt verloren haben wird. Demnach können nicht nur China, sondern auch Indien und Russland darauf hoffen, in gut 15 Jahren zu Marine-Interventionen in großer Entfernung von ihrem eigenen Territorium fähig zu sein. Russland beweise seit vergangenem Jahr mit einer Marinepräsenz im Mittelmeer, dass es dort künftig machtpolitisch mitreden wolle; es gehe dabei nicht nur um Syrien, sondern auch um andere arabische Länder sowie womöglich um den Suezkanal. Traditionelle Basis für eine russische Marinepräsenz im Mittelmeer ist die Krim. Marinestrategen weisen zudem darauf hin, dass der heraufziehende Machtkampf der USA gegen China militärische Folgen für die EU und für Deutschland habe: Europäische Kriegsschiffe müssten in Zukunft wohl häufiger in Gewässern des Nahen und des Mittleren Ostens operieren - womöglich eingebunden in Carrier Strike Groups der U.S. Navy.“⁴²

⁴⁰ Newsletter vom 24.03.2014 - Die Europäisierung der Ukraine. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58830>.

⁴¹ Steffen Halling, Susan Stewart, Die Ukraine inmitten der Krise. Chancen und Probleme einer neuen politischen Kultur. SWP-Aktuell 2014/A 15, März 2014, www.swp-berlin.org.

⁴² „Newsletter vom 08.04.2014 - Die Perspektive 2030. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58841>.

Dass es Deutschland nicht um das Seelenheil und die Lösung der Alltagsorgen der „unfreien“ Ukrainer ging, sondern um „höhere“ Interessen, zeigte sich in der bis heute unaufgeklärten, mit Lügen bespickten Affäre um die festgehaltenen deutschen Militärbeobachter in Slawjansk, die dreist behaupteten, im Auftrag der OSZE in der Ukraine unterwegs zu sein, tatsächlich jedoch im Auftrag der Bundeswehr und auf Anforderung des Kiewer Umsturzregimes handelten.⁴³ Dabei pochten Regierungsberater Berlins noch kurz zuvor gen Moskau gewandt auf die „paneuropäische Sicherheitskooperation“.⁴⁴

Die von Ultrationalisten und Faschisten der Ukraine ausgehende forcierte Provokation der russischsprachigen Bevölkerungsanteile als Mittel der politischen Eskalation gelang vortrefflich. Gerade zum 1. Mai trieben sie die geschichtsrevisionistischen ukrainischen Legendenbildungen weiter, die in der prowestlichen Orangen-Ära zur Stiftung nationaler Identität aus der Gruft gezogen wurden.

„Newsletter vom 01.05.2014 - Juschtschenkos Mythen
BERLIN/KIEW (Eigener Bericht) - Mit einer öffentlichen Gedenkveranstaltung haben am letzten Wochenende mehrere hundert Menschen im westukrainischen Lwiw der Gründung der Waffen-SS-Division ‚Galizien‘ gedacht. Die Veranstaltung setzt die sich neu verdichtende Tradition ähnlicher SS-Ehrungen auch in anderen Städten der Westukraine fort, an denen sich mehrmals Politiker der Regierungspartei Swoboda beteiligt haben. Die SS-Ehrungen knüpfen an das Erstarken des Kultes um die früheren NS-Kollaborateure von der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) an, den der 2005 ins Amt gekommene ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko systematisch gefördert hat. Juschtschenko, prowestlich, eng mit Berlin kooperierend, habe ab 2005 eine umfassende ‚historische Mythenbildung in der Ukraine‘ betrieben, berichtet der Historiker Per Anders Rudling (Lund University) im Gespräch mit [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com). Dazu habe ‚ein umfangreicher Kult zugunsten der OUN, der UPA‘ und ihrer Führer, insbesondere Stepan Bandera, gehört. Juschtschenko sei damit auf Protest gestoßen - in der Ost-Ukraine und in Polen, das mehr als 90.000 Opfer des UPA-Terrors zu beklagen hatte. Berlin hingegen ließ Juschtschenko aus geostrategischen Gründen gewähren - und leitete ab Anfang 2012 sogar selbst eine immer engere Zusammenarbeit mit den OUN-Verehrern von der Partei Swoboda ein. Absehbares Ergebnis: Die forcierte Spaltung der Ukraine.“⁴⁵

⁴³ Newsletter vom 28.04.2014 - Ein ungewöhnlicher Einsatz. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58848>.

⁴⁴ Wolfgang Richter, Die Ukraine-Krise. Die Dimension der paneuropäischen Sicherheitskooperation. SWP-Aktuell 2014/A 23, www.swp-berlin.org April 2014.

⁴⁵ Newsletter vom 01.05.2014 - Juschtschenkos Mythen. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58853>.

Siehe auch: „Interview: Wissenschaftliche Nationalisten. Über die Wurzeln des Aufstiegs der äußersten ukrainischen Rechten in der Geschichtspolitik des früheren ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko sprach [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) mit Per Anders Rudling.“ Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58852>.

Es ist also mehr als verständlich, dass das Schlagwort *Banderisten* in der Ostukraine ernst gemeint ist und schon seit Jahren ohne die russische Dauerpropaganda mit Faschisten gleichgesetzt ist. Ihre Befürchtungen bewahrheiteten sich in den seit Sommer in der Ostukraine marodierenden Haufen und Freicorps der Nationalgarde und Privatarmeen der „Oligarchen“ praktisch und fördert bis heute den Separatismus in der Ostukraine erheblich. Zudem treibt die Furcht aber Hunderttausende aus der militärischen Gefahrenzone nach Russland. Es erscheint als Behelfsform einer Säuberung aller prorussischen Einwohner der Ukraine. Dass Deutschlands BND engste, unterstützende Kontakte zur Exil-OUN und Bandera pflegte, kam jetzt so nebenbei an die Öffentlichkeit.⁴⁶ Nach obiger „Führerehrung“ am Kampftag der Arbeiterklasse folgte am Tag danach als antirussischer Doppelschlag das gezielte Massaker eines herangekehrten faschistischen und ultranationalistischen Mobs an Gewerkschaftlern und linken Kräften durch Abfackeln des Gewerkschaftshauses in Odessa⁴⁷.

„Newsletter vom 05.05.2014 - Legitimationskrise ODESSA/BERLIN (Eigener Bericht) - Die beispiellose Desinformationskampagne führender deutscher Medien hat anlässlich der in Odessa verübten Morde an über 40 Menschen einen neuen Höhepunkt erreicht. In der ukrainischen Millionenmetropole sei das Gewerkschaftshaus ‚in Brand geraten‘ – ‚eine Katastrophe‘, deren Urheber noch nicht bekannt wären, hieß es unmittelbar nach der Brandschätzung am 2. Mai übereinstimmend. Während auf Fotos internationaler Presseagenturen Anhänger der Kiewer Putschisten zu sehen waren, die den im Gewerkschaftshaus Eingeschlossenen Brandsätze hinterherwerfen, übernahmen maßgebliche deutsche Medien mehrfach Lügenberichte ukrainischer Geheimdienstorganisationen, wonach für die Verbrechen ‚Moskau‘ verantwortlich sei. Die Ermordeten gehörten einer Demonstrantengruppe an, die regionale Autonomie verlangte. Sie floh vor den Angreifern, wurde ins Gewerkschaftshaus verfolgt, eingeschlossen und einem grausamen Tod durch Ersticken ausgeliefert.“⁴⁸

So treibt man fraglos Menschen mit Autonomie- und Föderationsforderungen ins Lager von Separatisten. Deutschlands sich gleichschaltende Medien zeigten in der Ukraine-Krise, was Goebbels ihren Vorgängern beigebracht hatte: solange

⁴⁶ Newsletter vom 02.05.2014 - Alte, neue Verbündete. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58855>. Siehe auch: Newsletter vom 12.05.2014 - "Faschistische Freiheitskämpfer". Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58863>. Wie mag der BND gegenwärtig verstrickt sein in das deutsch-ukrainische Milieu in München? Der faschistische „Held“ der *Swoboda*, Stepan Bandera, ist immerhin mit zwei weiteren ukrainischen NS-Kollaborateuren auf dem Waldfriedhof München beerdigt. Ihre Gräber entwickeln sich zu einem völkisch-ukrainischen Wallfahrtsort. (Unabhängiges Nachrichtenportal Polen www.infoseiten-polen.de 03.08.2009). Dazu als Ergänzung: München wurde nach 1945 Zentrum der ukrainischen Nachkriegsemigration. Dort wurde in dem Zuge die bis heute existente „Ukrainische Freie Universität“ gegründet. Bandera wurde dort 1959 „erschossen“. Da ist die Meldung von August 2013 nur folgerichtig: „Die ukrainische ultra-nationalistische Partei 'Swoboda' ('Freiheit') gründet eine Parteizelle in München.“ (www.aida-archiv.de August 2013).

⁴⁷ Peter Nowak, Die Toten beim Angriff auf das Gewerkschaftshaus von Odessa. www.heise.de 16.08.2014.

⁴⁸ Newsletter vom 05.05.2014 – Legitimationskrise. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58857>.

lügen bis sich die Balken biegen, so dass der Deutsche die Lügen selbst glaubt. Die NATO blies in dieser Phase zur Einreihung in die antirussische Front⁴⁹, um den Machtverlust des Westens durch Russlands Anschluss der Krim⁵⁰ als willkommenes Wiederbelebungsmitel des Bündnisses zu nutzen und Deutschlands militärpolitische EU-Ambitionen zu ersticken.

Was die gesamte hier gelistete Chronologie belegen soll, wurde von einem der deutschen EU-Akteure, der es wissen muss, bestätigt: Deutschland war von Anfang an der treibende Akteur der Ukraine-Operation und nicht die EU⁵¹.

„Die Verantwortung Berlins 20.05.2014

Der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen erhebt im Konflikt um die Ukraine schwere Vorwürfe gegen Berlin. Wie Verheugen in einem Offenen Brief an den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) schreibt, sei es falsch, vor allem die Ukraine-Politik der EU-Kommission zu kritisieren. Schmidt hatte dies getan. „Noch immer sind die Mitgliedstaaten die Herren aller Verträge“, stellt Verheugen fest: „Die entscheiden, nicht die Kommission.“ Eine besondere Rolle in puncto Ukraine habe dabei die Bundesregierung gespielt.[1] Verheugen ruft in Erinnerung, dass „der Weg zur Assoziierung der Ukraine“ im Juni 2007 „unter deutscher EU-Präsidentschaft ... eingeschlagen“ wurde. „Unter Vorsitz der deutschen Bundeskanzlerin Merkel“ sei der Kommission der Auftrag zu Assoziierungsverhandlungen erteilt worden, berichtet Verheugen, der noch bis 2010 als EU-Kommissar tätig war. Im Juni 2008 sei die „Östliche Partnerschaft“ initiiert worden – „formell von Polen und Schweden“, tatsächlich jedoch unter ausdrücklicher Befürwortung Deutschlands. Die Unterzeichnung des bereits im März 2012 paraphierten Assoziierungsabkommens sei „informell im Mai 2012, offiziell im Dezember 2012“ von den EU-Außenministern verweigert worden, obwohl sie damals noch „völlig unstrittig mit Moskau“ gewesen sei. Grund (mit Einwilligung des deutschen Außenministers): die Inhaftierung der Ex-Oligarchin Julia Timoschenko, einer Parteigängerin der NATO-Staaten. Auch den „sogenannten Euro-Maidan“ haben, wie Verheugen in Erinnerung ruft, weniger EU- denn vielmehr nationale Politiker unterstützt - an vorderster Stelle der deutsche Außenminister -, ohne zu berücksichtigen, „dass es sich weder um eine landesweite noch um eine homogene Bewegung handelte“. Auch hätten sie die nach Janukowitschs Sturz an die Macht gelangte

⁴⁹ Newsletter vom 07.05.2014 - Ein weltpolitischer Lackmestest. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58859>.

⁵⁰ Reinhard Merkel, Die Krim und das Völkerrecht - Kühle Ironie der Geschichte. Siehe auch: <http://www.faz.net> 07.04.2014. Der Völkerrechtler Merkel verneint den Vorwurf der Annexion an Russland. Er erklärt, warum Putin sich auf den Präzedenzfall Kosovo beziehen konnte. Genaueres gehört zur Außenpolitik in Kapitel 32.1.

⁵¹ Schon bei der Osterweiterung der EU nach Mittel- und Südosteuropa war Deutschland die treibende Kraft, wie aus der in Kapitel 4 zitierten Passage des Schäuble/Lamers-Papier sehr deutlich hervorgeht. Dort drohte Deutschland 1994 dem höchst unwilligen Haupt„Partner“ Frankreich, andernfalls auf den „traditionellen“ Weg zurückgreifen zu müssen. Das damalige Machtvakuum in Mittel-Süd-Osteuropa nutzte Deutschland erpresserisch, um den Einfluss auf „sein natürliches“ Hinterland auszudehnen. Frankreich erwiderte den deutschen machtpolitischen Vorstoß gen Osten vor der Aufnahme dieser Länder in die EU 2003 mit der Initiative zur Gründung einer Wirtschaftszone der Mittelmeer-Anrainer, den Deutschlands Blockade zunichte machte.

neue Regierung ‚ohne Not ... sofort rückhaltlos unterstützt‘, obwohl diese ‚noch nicht einmal im eigenen Land das Vertrauen der Mehrheit genießt, antirussisch ist und ihr völkisch gesinnte Kräfte angehören‘. Der ehemalige EU-Kommissar weist darauf hin, dass die Spitzenpolitiker der EU-Mitgliedstaaten damit ‚die schwerste Krise in Europa in diesem Jahrhundert mit ausgelöst‘ haben. Verheugen resümiert: ‚Ein Gutteil der Verantwortung dafür liegt in Berlin.‘⁵²

Im Mai 2014 bis zum Juli wurde die Ukraine-Krise medial zurückgefahren, da Merkels neuer starker Mann den Bürgerkrieg in der Ostukraine nicht gerade unter dem Banner des humanitären Völkerrechts führte. Der deutsche Propagandaapparat fuhr die antirussische Kampagne ebenfalls verhaltener. Merkels Raute und sich naiv gebendes Pastoralgesicht konnte die Scherben der deutschen Russlandpolitik trotz ihrer heißgelaufenen Moskauverbindung und Steinmeierschem Eiertanz nicht heilen. Sie sahen Deutschlands Eurasien-Option als Druckmittel gegen den Westen gen Russlands China-Bindung schwinden. Die angelaufene Sanktionsspirale der Amis und ihres EU-Geleitzugs gegen Russland bedrohte die deutsche Wirtschaft mit ihren 6000 Ablegern in Russland essentiell. Merkel sah sich gezwungen, verbal zurück zu rudern.

„Newsletter vom 19.05.2014 - Weltpolitische Weichenstellungen
BERLIN/MOSKAU (Eigener Bericht) - In der Debatte um eine mögliche Ausweitung der EU-Sanktionen gegen Russland stellt die deutsche Kanzlerin eine Weiterführung der Zusammenarbeit mit Moskau in Aussicht. ‚Mittel- und langfristig‘ solle ‚die enge Partnerschaft mit Russland fortgesetzt werden‘, erklärt Angela Merkel: Sie sehe ‚keine Notwendigkeit‘ für eine Politik der ‚Einhegung‘ Russlands nach dem Vorbild der ‚Containment‘-Politik des Kalten Kriegs. Hintergrund sind anhaltende Befürchtungen führender deutscher Wirtschaftskreise, Russland-Sanktionen könnten ihre Expansionschancen empfindlich mindern; dabei geht es nicht nur um Erdgasunternehmen, sondern auch um Spitzenkonzerne anderer Branchen mit bedeutenden Handels- und Produktionsstandorten in Russland. Verhängten EU und USA Boykottmaßnahmen, dann könne Moskau sich außerdem eng an Beijing binden und es dadurch spürbar stärken, warnen Beobachter vor der morgen beginnenden China-Reise des russischen Präsidenten. Transatlantisch festgelegte Kreise laufen gegen das Streben nach einer Fortführung der Kooperation mit Moskau Sturm - und plädieren für eine globale Frontstellung der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten gegen Russland und China.“⁵³

Ungarn sah sich als völkischer Stoßtrupp Deutschlands der EU im Windschatten ostukrainischer völkischer Separationsgelüste beflügelt, von der

⁵² www.german-foreign-policy 20.05.2014. [1] Zitate hier und im Folgenden: Verheugen zur EU-Russlandpolitik: Warum Helmut Schmidt irrt. www.spiegel.de 19.05.2014.

⁵³ „Newsletter vom 19.05.2014 - Weltpolitische Weichenstellungen. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58868>.

Umsturzregierung in Kiew Minderheitsrechte für die ungarisch sprechenden Ukrainer einzufordern.⁵⁴

Deutschland ließ parallel zu den Versuchen, die Schädigung der Russland-Verbindungen in Grenzen zu halten, der Umsturzregierung in Kiew freie Hand humanitätswidriger militärischer Operationen in der Ostukraine. Derweil hielt ausgerechnet der designierte Präsident der Ukraine die Rede zu Verleihung des Aachener Karlspreises, selbstverständlich zur Lobhudelei der „Freiheit“ und des „Friedens“ des „Europas“ nach deutscher Art.

„Newsletter vom 30.05.2014 - Für Frieden und Freiheit

BERLIN/KIEW (Eigener Bericht) - Deutsche Außenpolitiker äußern sich zustimmend zur jüngsten Eskalation der Kriegshandlungen in der Ostukraine durch das Kiewer Umsturzregime. Es sei ‚klar, dass Kiew ... wieder aktiv werden musste‘, erklärt etwa Wolfgang Ischinger, ein einflussreicher deutscher Diplomat und Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz. Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk, dessen Regierung die aktuellen Artillerie- und Luftangriffe auf ostukrainische Städte verantwortet, ist am gestrigen Donnerstag als Redner bei der Verleihung des Aachener ‚Karlspreises‘ aufgetreten und in den deutschen Medien entsprechend gewürdigt worden. Der designierte ukrainische Präsident, der Oligarch Petro Poroschenko, will Kiew in ein ‚Sicherheitsbündnis‘ mit dem Westen führen und in Kürze den wirtschaftlichen Teil des EU-Assoziierungsabkommens unterzeichnen. Die nötigen Vorbereitungen haben in der Ukraine längst begonnen: Austeritätsmaßnahmen sind in die Wege geleitet worden, die etwa die Arbeitslosigkeit massiv in die Höhe treiben und dramatische Preissteigerungen zur Folge haben werden. Deutsche Industriekreise hingegen bereiten sich auf eine Welle der Wirtschaftsexpansion in das Land vor. Sollte es Kiew gelingen, die Ostukraine mit militärischen Mitteln unter Kontrolle zu bekommen, deuten sich damit neue Konflikte an: Die

⁵⁴ Newsletter vom 21.05.2014 - Strategische Verbündete. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58873>. Wie Ungarn seine völkische Ideologie füllt: „Interview: Die ‚tausendjährige christliche Nation‘. KÖLN Zu den Auswirkungen der völkischen Politik in Ungarn unter Ministerpräsident Viktor Orbán befragte german-foreign-policy.com den Blogger Pusztaranger. Er berichtet seit Jahren kontinuierlich auf pusztaranger.wordpress.com über die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in dem Land.“ Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58870>.

Ferner: „Rezension: Andreas Koob, Holger Marcks, Magdalena Marsovszky: Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn, Münster 2013:

‚Gott, segne die Ungarn!‘ Mit einem ‚nationalen Bekenntnis‘ und überquellendem völkischem Pathos beginnt die neue ungarische Verfassung, die die Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán zum 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt hat. ‚Wir, die Angehörigen der ungarischen Nation, erklären zu Beginn des neuen Jahrtausends, in Verantwortung für alle Ungarn stehend, Folgendes: Wir sind stolz darauf, dass unser König, der Heilige Stephan I., den ungarischen Staat vor tausend Jahren auf festen Fundamenten errichtet und unsere Heimat zu einem Bestandteil des christlichen Europas gemacht hat‘, heißt es in der Präambel des Dokuments. ‚Wir halten die Errungenschaften unserer historischen Verfassung und die Heilige Krone in Ehren, die die verfassungsmäßige staatliche Kontinuität Ungarns und die Einheit der Nation verkörpern‘, heißt es dann weiter: ‚Wir bekennen uns dazu, dass nach den zur moralischen Erschütterung führenden Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts unsere seelische und geistige Erneuerung unbedingt notwendig ist.‘ Die ‚seelische und geistige Erneuerung‘ des Landes nach völkischem Muster: Das ist der Kern dessen, was die Regierung Orbán sich vorgenommen hat.“ Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58872>.

Interessen der expandierenden deutschen Industrie überschneiden sich mit denjenigen der ukrainischen Oligarchen.⁵⁵

Die von Kiew ausgehende militärische Eskalation rief Regierungsberater auf den Plan, die der Variante, dass die Eskalation irgendwann von den USA und der NATO als „Hilferuf“ der Ukraine aufgefasst werden könnte, entgegen „dachten“. Sie schlugen für die Ukraine das „finnische Modell“ einer engen NATO-Kooperation ohne Mitgliedschaft in der NATO vor.⁵⁶ Im Mai war den deutschen Vorsprechern endgültig klar, dass Deutschlands Stellung auf dem westlichen Parkett durch eigenes Versagen entschieden geschwächt war. Wie da rauskommen? Der 120 jährige zentrale Machtkampf der deutschen Kapitalfraktionen um die Ausrichtung Deutschlands gen Westen oder Osten spitzte sich 2013 und 2014 erneut ernsthaft zu.

„Newsletter vom 13.06.2014 - Eine neue Grand Strategy
BERLIN (Eigener Bericht) - Eine einflussreiche deutsche Wochenzeitung stellt die Forderung nach einer Neudefinition der Beziehungen zwischen der EU und den USA zur Debatte. Die aktuelle westliche Ukraine-Politik laufe ‚europäischen‘ Interessen diametral zuwider, heißt es in einem aktuellen Beitrag auf dem Online-Portal der Wochenzeitung ‚Die Zeit‘. ‚Europa‘ dürfe sich die Zusammenarbeit mit Moskau nicht nehmen lassen, es müsse sie vielmehr noch stärker ausbauen, heißt es weiter. Gleichzeitig solle die EU auch ihre Beziehungen zu Washington intensivieren, dabei aber ihre ‚eigenen Vorstellungen‘ mit größerer Entschlossenheit durchsetzen; das Ziel sei eine ‚neue und zukunftssträchtigere transatlantische Grand Strategy‘. Autor des Beitrags ist ein Mitarbeiter des Londoner Think-Tanks "Global Policy Institute“; die in ihm vertretenen Positionen geben jedoch Auffassungen wider, wie sie auch im deutschen Außenpolitik-Establishment vertreten werden. Die Auseinandersetzungen um die deutsche Ukraine-Politik, die hinter den Kulissen seit je geführt werden, drängen vorsichtig an die Öffentlichkeit.“⁵⁷

Das waren die Wunschträume Deutschlands, dem „Europäer“ überhaupt. Tatsächlich hatte sich der ukrainische Zauberlehrling verselbständigt, der Meister wurde selbst zum Getriebenen. Poroschenko forcierte, von der Rechten getrieben, nach Amtsantritt ab Juli den Bürgerkrieg in der Ostukraine als Feldzug gegen die ostukrainischen „Terroristen“ mit allen beschränkten ukrainischen militärischen Mitteln. Faschistische und ultranationalistische Freikorps und die von ihnen gebildete Nationalgarde trieben die desolate ukrainische Armee bis in den Sommer vor sich her.⁵⁸

⁵⁵ Newsletter vom 30.05.2014 - Für Frieden und Freiheit. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58879>.

⁵⁶ Newsletter vom 05.06.2014 - Das finnische Modell. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58884>.

⁵⁷ Newsletter vom 13.06.2014 - Eine neue Grand Strategy. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58889>.

⁵⁸ Newsletter vom 02.07.2014 - Negative Wahrnehmungen. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58902>. Sowie Newsletter vom 15.07.2014 - Die Saat geht auf. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58913>.

Da kam der – zufällige (?) – Abschuss eines zivilen Passagierflugzeugs über der Ostukraine gerade recht für den nächsten Höhepunkt westlicher Desinformation. Bis heute wird der Bericht über den Flugzeugabsturz aus politischen Gründen zurückgehalten. Die Behauptung, eine Boden-Luft-Rakete eines BUK-Systems der prorussischen „Terroristen“, geliefert von Moskau, habe das Flugzeug abgeschossen, ist kaum haltbar.⁵⁹ Offenbar meldete die malaysische Presse, dass die Ukraine den Abschuss verantwortete.⁶⁰ Ab nun war Russland der „Aggressor“ überhaupt. Deutsche Außenpolitiker rochen Blut für die neue deutsche „Verantwortung in der Welt“, drängten auf Blauhelm-Einsätze.⁶¹ Die Zuspitzung warf plötzlich die Frage der Kriegsgefahr in „Europa“ in neuem, gefährlichem Licht auf. Die Sanktionsspirale drehte sich weiter und Deutschland war so eingehegt⁶², dass gewichtige deutsche Stimmen ob der Zerrüttung der deutsch-russischen Beziehungen zur Vernunft mahnten.⁶³ Ausgerechnet der „Westen“, der Russland mit aggressiver Vorwärtsstrategie aus ganz Mitteleuropa trieb und seine Einflussphäre jetzt bis an Moskaus Westgrenze auszudehnen trachtet, schaffte es per Propaganda, Russland zum Aggressor zu stilisieren.⁶⁴ Tatsächlich machte Moskau nicht wenige Angebote zur gedeihlichen Kooperation in der Ukraine, wie hier schon zuvor mehrmals anklang. Unter anderem belegen 2000 konkrete russische Einwände gegen den 1400 Seiten umfassenden Entwurf des EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine das grundsätzliche Einverständnis mit dem EU-Abkommen der Ukraine und Russlands Kompromissbereitschaft. Berlin wollte mehr und stand im August vor zwei Scherbenhaufen: der vollständig destabilisierten Ukraine und der zerrütteten strategischen Partnerschaft mit Russland.

Die aggressive deutsche Einmischung in innerukrainische Angelegenheiten mit der Zuspitzung der Eskalation beschleunigte den Rechtsschwenk der Ukrainer enorm, da nur die militanten Aktivitäten der Rechten politische „Bewegung“ in die innerukrainische Blockade der im Kampf liegenden kleptokratischen Netzwerke zu bringen vermochte.

„Newsletter vom 30.07.2014 - Ukrainische Patrioten

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Fünf Monate nach dem von Berlin energisch geförderten Umsturz in Kiew sehen Umfragen in der prowestlich gewendeten Ukraine eine Partei der äußersten Rechten als stärkste politische Kraft. Einer aktuellen Untersuchung zufolge könnte die Radikale Partei des Rechtsaußen-Politikers Oleh Ljaschko bei Wahlen derzeit mit 23,2 Prozent der

⁵⁹ MH17-Abschuss: Hintergründe zum russischen Raketensystem „BUK“. Österreichs Luftfahrtmagazin <http://www.austrianwings.info> 26. Juli 2014.

⁶⁰ Malaysian press charges Ukraine government shot down MH 17. www.wsws.org 08.08.2014.

⁶¹ Newsletter vom 21.07.2014 - Fakten schaffen. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58917>.

⁶² Newsletter vom 23.07.2014 - Urteil ohne Gericht. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58919>.

⁶³ Essay von: Gabor Steingart, Politik der Eskalation - Der Irrweg des Westens. www.handelsblatt.com 08.08.2014.

⁶⁴ Newsletter vom 25.07.2014 - Wie im 19. Jahrhundert. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58921>.

Stimmen rechnen. Ljaschko hat sich vor allem mit brutalen Aktionen im Kampf gegen ostukrainische Regimegegner einen Namen gemacht. Zudem ist er als Mitgründer und Unterstützer des Bataillons Asow bekannt, einer mehrere hundert Kämpfer umfassenden Miliz, die überwiegend aus Faschisten besteht. Ihr gehört ein schwedischer Neonazi an, der sich in der Ukraine als Scharfschütze betätigt und berichtet, dass weitere Scharfschützen schon bei den Protesten auf dem Maidan auf Seiten der Opposition zum Einsatz kamen. Wer die dortigen Todesschüsse vom 20. Februar verantwortet, ist nie aufgeklärt worden. In der aktuell aufgeheizten Stimmung unternimmt die Regierung Schritte, die einen erneuten politisch-kulturellen Rechtsrutsch in der Ukraine erkennen lassen. So werden künftig Filme und Bücher aus Russland zensiert und ihr Verkauf eingeschränkt. Ein Verbot der kommunistischen Partei, wie es Faschisten schon lange gefordert haben, ist in Arbeit. Die Entwicklung ist ein Resultat gerade auch der deutschen Interventionen in Kiew.“⁶⁵

Die nächsten Parlamentswahlen und die Regierungsbildung in der Ukraine im Herbst 2014 werden demnach die nationalrevolutionäre Linie des Umsturzes legitimieren und den latenten zu offenem Antisemitismus befördern. Sie werden als Votum für die Verstärkung der Kriegsführung in der Ostukraine zum „Ruhm der Ukraine“ nach dem Muster des marodierenden Bataillon Asow zum „Ruhm der Helden“ in Mariupol gefasst werden müssen.

Diese Entwicklung zeigt das nächste Stadium der Zerrüttung der sozialökonomischen Beziehungen nach dem Zusammenbruch der SU an. Die Erklärung der Unabhängigkeit 1991 der Ukraine als bürgerliche Republik stand auf den tönernen Füßen eines vom siegenden „Westen“ diktierten formalen Entwicklungsgangs. Die Staatsbediensteten unter der Fuchtel von Väterchen Russland, ideologisch zugerichtet mit der modifizierten Knute der asiatischen Despotie, wurden abrupt in den Abgrund der Lohnsklaverei eines nicht existierenden Etwas geschleudert, dass sich Nationalstaat nannte. Die politischen Ökonomen nennen solche Vorgänge „Schocktherapie“ bezüglich der Volkswirtschaft. Tatsächlich war der Schock ein Trauma für die gesamte Lebensgeschichte und Identität eines jeden Individuums des RWGs. Sie mutierten über Nacht von rundum-versorgten Staatsinsassen zu vogelfreien Lohnabhängigen, desorientierten Bildungsbürgern und verunsicherten Staatsbediensteten. Die neue „bürgerliche“ Republik war ohne alteingesessenes Besitzbürgertum durch Diktat des scheinbaren Endsieges des „Westens“ als ideologischer Klon des „Kapitalismus“ erzwungen worden. Die Posten des reorganisierten Staatsapparats und des dazugehörigen politischen Personals der neu kreierten Republik Ukraine wurden von gewendeten Kräften der SU-Nomenklatura besetzt. Der Wechsel der Eigentumsformen vom Staatsvermögen zum Privateigentum vollzog sich unter Aufsicht des historischen Siegers, der sogleich in den Kampf der westlichen Brüder um die Beute überging. Sie

⁶⁵ Newsletter vom 30.07.2014 - Ukrainische Patrioten: Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58924>.

stießen in das politische Vakuum eines erstmals in der Geschichte eigenständigen Nationalstaates, dessen Regionen ökonomisch äußerst ungleichmäßig entwickelt waren. Die USA legten einen ‚cordon sanitaire‘ zwischen Moskau und Berlin, der Georgien, die baltischen Staaten und die Ukraine umfassten, um Russland militärisch einzukreisen und dessen Sonderbeziehungen zu Deutschland zu erschweren.

Einige ukrainische Wendehälse verstanden den wahren Kern der „Demokratie“ früher und besser als alle anderen. Bis zur Jahrtausendwende rissen sie sich die wichtigsten Bestandteile des Vermögens des ehemaligen Staatsmonopols unter den Nagel und werden im Westen als „Oligarchen“ bezeichnet. Dies ging nur im Verein mit den in Form der Korruption organisierten Vertretern des alten Staatsapparats der SU-Teilrepublik. Das ist als modifiziertes Muster des Dienstadels der asiatischen Produktionsweise zu begreifen und in fast allen staatlichen Zerfallsprodukten der SU und des RGW festzustellen. Diese aus der Asche der Nomenklatura der KPDSU entstiegene Großbourgeoisie, die untereinander im Kampf um Leben und Tod liegt, mischt sich persönlich oder über Netzwerke direkt in die Politik ein. In westlichen Demokratien hat die Großbourgeoisie den persönlichen Einsatz in der Politik schon längst nicht mehr nötig. Da erledigen die Lohnabhängigen, über viele vermittelte Kanäle von der Bourgeoisie an der Leine gehalten, ihre Sklaverei selbst. Die in der Ukraine fortexistierende unverdeckte politische Herrschaft ein paar Handvoll ökonomischer Abzocker samt modifiziertem asiatisch-despotischem Dienstadel deutet auf das fehlende sozialökonomische Fundament einer bürgerlichen Republik in der politischen Form der parlamentarischer Demokratie. Diese bürgerliche Herrschaftsform war das konkrete historische Resultat der Epoche der revolutionären Kämpfe der nationalen Bewegungen breiter materieller und ideeller Bürgerschichten und Lohnabhängigen gegen die feudale Herrschaftsform in Westeuropa. Diese bürgerliche Herrschaftsform ist heute mit dem Niedergang der Nationalstaaten selbst in der Sackgasse der „Demokratisierung“ festgefahren. Diese Form bürgerlicher Herrschaft völkisch ideologisierten Bruchstücken zerfallender Nationalstaaten aufpfropfen zu wollen, ist geschichtlich überholt. Unter den völkisch getriebenen Krisenbedingungen der Ukraine kann sich eine progressive Bewegung der lohnabhängigen Klasse nur mit äußerster Kraftanstrengung entfalten. Es bestand im Spätsommer 2014 eher die Gefahr, dass die Proletarier durch den Aufstieg der nationalistischen Reaktion zur entscheidenden Kraft der „Erneuerung“ der Ukraine dem volksgemeinschaftlichem Sog erliegen.

Merkel musste zur Stützung Poroschenkos mit einem Besuch Ende August in Kiew Flagge zeigen. Die ukrainischen Erwartungen waren entsprechend der Beute des Protektors hochgehängt. Dabei war die Ukraine für Deutschland schon längst zum Fass ohne Boden geworden und man gedachte mit dem direkten politischen Eingreifen das Fass dort zu stopfen. Nun ist die Ukraine-Politik aller beteiligten ausländischen Hauptkräfte nach 1991 Leichenfledderei.

Es ist mehr als verständlich, dass sich das bankrotte Kiew nicht unter Wert von den Krallen des deutschen Reichsadlers aus den Klauen des großrussischen Bären „retten“ lassen will – sowieso eine „Gläubigerwahl“ zwischen Pest und Cholera. Kiew lud zusätzlich den US-Weißkopfadler als Konkurrenten ins geostrategische Jagdrevier Ukraine ein.

„Newsletter vom 22.08.2014 - Viel Geld, viel Nutzen

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Vor dem Besuch der deutschen Kanzlerin in Kiew am morgigen Samstag schlägt der ukrainische Außenminister für sein Land einen ‚Marshall-Plan‘ unter deutscher Führung vor. Die Ukraine benötige ‚Hilfe in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen‘, erklärt Pawlo Klimkin, ehemaliger ukrainischer Botschafter in Berlin; Deutschland könne maßgeblich dazu beitragen. Deutsche Wirtschaftskreise plädieren ebenfalls für einen ‚Marshall-Plan‘ für Kiew. Er werde ‚Deutschland viel Geld kosten, aber auch viel Nutzen bringen‘, urteilt der Vorsitzende des ‚Ost- und Mitteleuropa Vereins‘: ‚Von Lwiw bis Lugansk‘ erstrecke sich ‚einer der spannendsten Wachstumsmärkte direkt vor unserer Haustür‘. Der Vorstoß des ukrainischen Außenministers und die Reise der deutschen Kanzlerin erfolgen zu einem Zeitpunkt, zu dem die Regierung in Kiew - nicht fähig, den ostukrainischen Aufstand rasch niederzuschlagen - in gravierende ökonomische Schwierigkeiten gerät. Unter anderem ist zur Zeit völlig unklar, wie die Erdgasversorgung des Landes in der bevorstehenden kalten Jahreszeit angesichts des russischen Lieferstopp gesichert werden soll.“⁶⁶

Der militärische Vorstoß der ukrainischen Armee und Nationalgarde zur Niederschlagung der separatistischen Kräfte der ausgerufenen Volksrepubliken der an Russland grenzenden Oblaste Donezk und Lugansk scheiterte im August auf ganzer Linie. Moskau führte den „Westen“ mit seinem humanitären Hilfskonvoi zum Zeitpunkt der ukrainischen Niederlage nach Lugansk propagandistisch regelrecht vor. Längst war ein unüberschaubares Spektrum militanter prorussischer Kräfte und Kriegsmaterial über die Grenze aus Russland eingesickert. Der Übergang von Föderations- und Autonomieforderungen in der Ostukraine zu einem separatistischen Unterfangen war zunächst eher ein Verteidigungsreflex auf die antirussischen Maßnahmen der Umsturzregierung und die Entsendung der Armee seit April. Die ortsansässigen sezessionistischen Kräfte in der Ostukraine sind offensichtlich relativ isoliert. Die russischsprachige große Minderheit wie die anderen Ukrainer der südöstlichen Oblaste stehen ihnen wie auch der Kiewer Zentralgewalt abwartend mit Abwehr bis Feindseligkeit gegenüber. Sie wollen jetzt wie zuvor keine Abspaltung von der Ukraine oder Rückkehr in die Klauen des russischen Bären. Hier kann es nicht darum gehen, über die dahinter stehenden „Gönner“ zu spekulieren oder die desinformierende Behauptung der NATO, Russland sei dort mit regulären Truppen einmarschiert, mit affinen westlichen Lügenmustern durch zu

⁶⁶ Newsletter vom 22.08.2014 - Viel Geld, viel Nutzen. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58930>.

deklinieren, sondern zu fragen: was nützt wem? Dass die lohnabhängigen Ukrainer im laufenden Bürgerkrieg nur verlieren – soll hier bei der machstrategischen Fragestellung zumindest als „Kollateralschaden“ festgehalten werden. Die desolate militärische Aufstellung der Ukraine im ostukrainischen Bürgerkriegsgebiet nutzt machtpolitisch Moskau und der Westen weißt, dass Russland die Destabilisierung mit leichten militärischen Hilfsmitteln lange aufrecht erhalten kann und je nach taktischen Notwendigkeiten modifizieren wird. Dass Moskau treuherzig beteuerte, seine Finger nicht im Spiel zu haben, gehört zur Taktik jeder staatlichen Desinformation. Dass sich seit dem Februarumsturz in Kiew genügend russische Ultrationalisten und Monarchisten wie westliche Stalinisten von der vollmundigen großrussisch-chauvinistischen Propaganda für einen freiwilligen militanten panslawistischen Einsatz bewegen ließen, ist jedenfalls sicher. Sie trafen dort auf jene Kräfte, die durch die Kiewer militärische Angriffe von ihren ursprünglichen Autonomieforderungen Richtung Sezession radikalisiert wurden und nach erfolgreichen Gegenangriffen Kiew Anfang September auf Augenhöhe unter der „Aufsicht“ Moskaus, der EU und der OSZE an den Verhandlungstisch nach Minsk zwangen. Putins Sieben-Punkte-Plan war Merkel & CO sicherlich nicht unbekannt. In dieser Phase wurde Berlin nochmals kleinlauter. Dort dämmerte langsam die Erkenntnis, dass Moskau die Lage im Donbass keineswegs im Griff hat, aber jederzeit die Destabilisierung der Ostukraine entsprechend den Vorstößen des „Westens“ verschärfen kann. Die deutsche Propaganda gegen Russland wurde noch weiter zurückgefahren. Man konnte ja auf die eskalierenden NATO-Sprachrohre zurückgreifen, um Russland als den Aggressor zu brandmarken.

Der NATO-Gipfel am ersten Septemberwochenende war der Reanimationsversuch des Bündnisses. Im Vorfeld wurde dick aufgetragen.

„Newsletter 03.09.2014 - Ein Ring um Russland
WASHINGTON/BERLIN (Eigener Bericht) - Auf ihrem morgen beginnenden Gipfeltreffen wird die NATO eine Vergrößerung ihrer militärischen Schlagkraft und eine verschärfte Einkreisung Russlands beschließen. Wie NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen ankündigt, soll die NATO Response Force (NRF) - die ‚Schnelle Eingreiftruppe‘ des Kriegsverbündnisses - eine neue ‚Speerspitze‘ erhalten, die aus mutmaßlich rund 4.000 Soldaten bestehen und binnen 48 Stunden ohne räumliche Einschränkung einsetzbar sein wird. Für sie sollen in den Mitgliedstaaten Militärbasen verfügbar sein, die vollständig ausgerüstet sind und von der neuen NRF-‚Speerspitze‘ jederzeit als Kriegsstützpunkt genutzt werden können. Solche Stützpunkte sollen Berichten zufolge auch in Osteuropa installiert werden, womöglich mit Beteiligung der Bundeswehr. Um die Einkreisung Russlands voranzutreiben, wird auch Finnland sich für eine NATO-Präsenz öffnen; das offiziell neutrale Land grenzt auf über 1.300 Kilometern an Russland. Darüber hinaus intensiviert das Kriegsverbündnis seine Kooperation mit Georgien, das unmittelbar an Russlands Süden grenzt.

Den Planungen stimmt offenbar auch die Bundesregierung zu. Führende deutsche Außenpolitiker wollen es sich allerdings vorbehalten, in fernerer Zukunft auch wieder eine nationale Machtpolitik zu betreiben - gegebenenfalls mit Rückendeckung aus einem erheblich geschwächten Moskau.“⁶⁷

Russlands direkte und indirekte Unterstützung der Separatisten stilisierte die NATO zu einer angeblichen Invasion in der Ostukraine und als Moskaus „Drang nach Westen“. ⁶⁸ In den baltischen Staaten ⁶⁹ und im Schwarzen Meer liefen Manöver mit deutscher Beteiligung an. Diese Eskalation ist nicht von Deutschland eingeleitet worden, sondern von ihrem Haupt-Feind-Freund USA unter heftiger Anfeuerung der deutschen „Freunde“ in Kiew. Deutschland hebt unschuldig die Schultern gegenüber Russland und macht schöne Miene zum bösen Spiel der Amis. Da es, eingekeilt von den lieben westlichen „Partnern“, nicht anders kann, als mit zu ziehen, will Deutschland den NATO-Kurs möglichst doch noch mit bestimmen. Die deutschen Illusionen des Aufbaus einer EU-Streitmacht, die eigenmächtig operiert und auf Augenhöhe mit den USA und der NATO kooperiert, sind durch die geglückte Reanimation der NATO-Einheitsfront gegen den „Aggressor“ Russland mal wieder auf weiteres zerstoßen. An der militärpolitischen Front ist Deutschland 2014 abgesoffen, wie sich u.a. am Untertauchen von Gouvernante Ursel zeigte.

Machtpolitisch war Berlin im Ukraine-Coup ab September ebenfalls abgesoffen und musste klein begeben.

„Newsletter vom 15.09.2014 - Ein Lernprozess
BERLIN/KIEW (Eigener Bericht) - Das Inkrafttreten des EU-Assoziierungsabkommens mit der Ukraine wird zugunsten von Verhandlungen mit Moskau um mindestens ein Jahr verschoben. Dies ist am Wochenende in Brüssel und Kiew bestätigt worden. Wie es heißt, halte man zwar an der feierlichen Ratifizierung des Abkommens am morgigen Dienstag fest; es werde jedoch nicht vor Ende 2015 wirksam werden, damit man Einwände Russlands diskutieren und gegebenenfalls auch berücksichtigen könne. Die russische Regierung äußert seit Jahren, sie erwarte wirtschaftliche Verluste in Milliardenhöhe, sollte das Abkommen wie geplant realisiert werden; sie sehe sich deshalb, sollte es zu keiner gütlichen Einigung kommen, zu wirtschaftlichen Abwehrmaßnahmen gezwungen. Berlin und Brüssel haben Verhandlungen mit Moskau stets brüsk zurückgewiesen - und erklären sich jetzt nur deswegen dazu bereit, weil Kiew vor dem ökonomischen Zusammenbruch steht und bei einer Realisierung der angekündigten russischen Maßnahmen tatsächlich kollabieren könnte. Da sich der Wirtschaftseinbruch dieses Jahr auf bis zu zehn Prozent belaufen wird, benötigt die Ukraine vermutlich neue Milliardenhilfen; auch ist

⁶⁷ Newsletter 03.09.2014 - Ein Ring um Russland. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58939>.

⁶⁸ Newsletter vom 04.09.2014 - "Moskaus Drang nach Westen". Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58941>.

⁶⁹ Newsletter vom 10.09.2014 - Ukrainische Manöver. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58945>.

völlig unklar, wie die Energieversorgung im bitter kalten ukrainischen Winter sichergestellt werden soll. Moskau und Kiew hatten Verhandlungen bereits Ende November 2013 vorgeschlagen; hätten Berlin und Brüssel nicht versucht, ihre Interessen ohne jede Rücksichtnahme durchzusetzen, wären der Ukraine womöglich katastrophale gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Schäden erspart geblieben.⁷⁰

Die kritisch kommentierte Chronologie der politisch-ideologischen Ereignisse von November 2013 bis September 2014 aus deutscher Perspektiven sei hiermit abgeschlossen. Erwähnt seien noch die nach Angaben des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma bei einem Treffen der sogenannten Kontaktgruppe im weißrussischen Minsk am 20. September erzielte Vereinbarung einer Pufferzone zur Stabilisierung des Waffenstillstands im ostukrainischen Bürgerkriegsgebiet, dann Poroschenkos vergebliche Bettelreden in Washington um Waffenhilfe der USA, sowie Poroschenkos großspurige Ankündigung eines riesigen Sprung nach vorn Richtung EU.⁷¹ Der Ausgang des Bürgerkriegs und die Entwicklungen in der Ukraine bleiben ungewiss.

Nach der kritischen Darstellung der offiziellen deutschen Ideologie und politischen Einmischungen in der Ukraine-Krise noch ein paar Anmerkungen zur deutschen Linken im Ukraine-Konflikt. Was die deutsche Linke betrifft, so tauchte sie mit zunehmender Eskalation der Ukraine Krise, außer beim Massaker an linken Kräften in Odessa, politisch unter. Wenn man bedenkt, dass sich Deutschland erstmals offen als imperialistische Hauptkraft gebärdete und welche pikanten Blößen sich die deutsche Außenpolitik gab, so ist das ein sträfliches Versagen historischen Ausmaßes. Es wäre die erste klassengemäße Pflicht überhaupt gewesen, den Hauptfeind im eigenen Lande bei seinem ersten offenen imperialistischen Abenteuer mit der Waffe der Kritik, mit Veranstaltungen und Demonstrationen zu überziehen und ihn dabei als Hauptakteur zu demaskieren. Die parallele antiisraelische Aufgeregtheit der Linken und ihr betretenes Schweigen zu Deutschlands Antreiberrolle in der Ukraine-Krise belegen das zweierlei Maß in der moralisierenden Feind-Freund-Bestimmung. Insgesamt stand typischerweise die Kritik an der Ami-NATO an erster Stelle, die Kritik an den anderen Akteuren blieb schwächig. Die Schlagzeilen der Titelseiten der *Roten Fahne* von 2014, der Wochenzeitung der MLPD, beziehen beispielsweise keinerlei Stellung zum Testfall Ukraine des neuen deutschen offenen Imperialismus. So was mögen nämlich die Volksgenossen nicht hören. Dort wurde wie auch von einem Autor der Neuen Antikapitalistischen Organisation (NAO) stattdessen die NATO-Kriegspropaganda samt drohenden „Weltenbrand“ angegriffen. Für letzteren sind die EU oder „Europa“ der Akteur, Deutschland wird als der zentrale Akteur

⁷⁰ Newsletter vom 15.09.2014 - Ein Lernprozess. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58949>.

⁷¹ Ambitiöses Reformprogramm Poroschenkos. Rudolf Hermann, 60 Reformen in 6 Jahren. www.nzz.ch, Prag 25.9.2014.

überhaupt nicht erkannt.⁷² Die Desorientierung dort wurde deutlich in einem Plakat von ARAB.ANTIFA.DE/NAO-PROZESS.DE mit dem Aufruf: Stoppt das Morden – Hier und Überall: Anti-Kriegsbewegung aufbauen! In diesem Slogan zur „Berlin für Gaza“-Demonstration am 9. August kommt die Verdrängung der Wahrnehmung, dass der Hauptfeind Israel wohl nicht neben dem Ami die alleinige böse Macht sein kann auf dieser Welt, hilflos zur Oberfläche. Beim EU-Parteitag DIE.LINKE Hamburg warnte ihr Führungsduo im Mai zwar noch deutlich vor einer „breitbeinigen“ deutschen Großmachtpolitik. In der Ukraine-Krise schossen sich die Vorturner des parlamentarischen Ablegers der deutschen Linken auch mit flotten Reden auf die von der EU beschädigten Russlandbeziehungen ein. So viele richtige Gedanken in ihren Reden waren, so unglaublich war ihre Hervorhebung der Sorge um die Friedenssicherung, da sie Deutschlands Rolle als Antreiber der EU-Ukrainepolitik nicht grundlegend kritisierten. Ihr bekanntester Wortführer flog in eigener Friedensmission gen Moskau, da er um die Zentralität der guten Deutsch-Russischen-Beziehungen weiß, wenn Deutschland sich aus dem „Duckmäusertum“ gegenüber den USA zu befreien sucht. Das sind alles Indizien für das sich In-Stellung-Bringen des Realo-Flügels für „höhere“ Regierungsaufgaben der Partei. Die mickrigen Kräfte gegen die deutsche Großmachtpolitik und standfeste Friedensfreunde werden an den Rand der Partei gedrängt – wenn sie dort nicht längst sind.

„Newsletter 04.07.2014 - Systematische Revision

BERLIN (Eigener Bericht) - Die Führung der als kriegsablehnend geltenden Partei ‚Die Linke‘ sucht den Anschluss an die offizielle deutsche Außen- und Militärpolitik. Erst unlängst erklärten leitende Funktionäre der Organisation, eine künftige Koalition mit der zur Zeit an der Regierung beteiligten SPD werde ‚an der Außenpolitik nicht scheitern‘. Vorangegangen war ein zunächst geheim gehaltenes Treffen der Parteispitze mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel. Regelmäßig nimmt zudem der Obmann der Linkspartei im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, Stefan Liebich, an sogenannten rot-rot-grünen Gesprächen teil, die der Annäherung an SPD und Bündnis 90/Die Grünen dienen sollen. Bei dieser Gelegenheit erklärte Liebich unter anderem, er wolle ‚Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht ausschließen‘. Im April dieses Jahres stimmte die Bundestagsfraktion der ‚Linken‘ zum ersten Mal nicht geschlossen gegen eine Auslandsoperation der deutschen Streitkräfte. Gleichzeitig wurde ein Passus des Europawahlprogramms der Partei, in dem die EU als ‚militaristische Macht‘ bezeichnet wird, ersatzlos gestrichen. Umgekehrt müssen Kriegsgegner damit rechnen, dass sich die Organisationsspitze öffentlich von ihnen distanziert.“⁷³

⁷² H. Hilse, Vom Krieg in der Ukraine zum neuen Weltenbrand ? www.nao-prozess.de 31.08.2014.

⁷³ Newsletter 04.07.2014 - Systematische Revision. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58904>.

In der Ukraine-Krise zeigte sich die deutsche Linke wie die Rechte als gewichtigste deutsche „Putinverstehler“. Die linke Kritik an Russlands Vorgehen war von Verständnis für die Nöte des angegriffenen Russlands geprägt, anstatt es auf der Stufe der hauptimperialistischen Staaten zu kritisieren. Da schwingt noch Sowjet-Nostalgie mit.

In der Krimkrise 2014 kehrte Russland erstmals offen seine Schutzfunktion für alle russisch-sprachigen Minderheiten andernorts propagandistisch hervor. Kein Wunder, dass die baltischen Staaten mit großen russisch-sprachigen Minderheiten, die „weißrussischen“ Brüder aus Belarus und „kleinrussischen“ Brüder der Ukraine, wie das vom Zarismus gezeichnete Polen vom großrussisch-chauvinistischen Gehabe alarmiert waren. Die panslawistischen Beimengungen schlossen die innerrussischen Reihen hinter Putin als starkem Führer. Die zaghafte kulturelle Öffnung Russlands nach Westen wurde abrupt zu rüden, modifizierten Verkehrsformen der asiatischen Despotie gewendet. Dieser Schub autoritärer Herrschaft steigerte sich in der zunehmenden militärischen Zuspitzung in der Ostukraine mit panslawistischen Schlagworten wie „Neuland“ und „Vorland“ für die Ukraine. Dies liegt auf einer modifizierten Kontinuitätslinie der Asiatischen Despotie des alten zaristischen großrussischen Chauvinismus Russlands. Diese Herrschaftsform der Willkür überwinterte in der SU praktisch und ideologisch. Nach einer 15 jährigen Phase russischer Annäherungsversuche an den Westen drehte Deutschlands machtpolitischer Vorstoß in Russlands „angestammten“ westlichen Vorhof das ideologische Feld signifikant Richtung regressiver, völkisch ideologischer Rückgriffe auf die Asiatische Produktionsweise. Putin drohte schon 2005 auf der Münchener Sicherheitskonferenz, dass Russland sich die fortgesetzten westlichen Blockaden nicht mehr länger bieten lassen werde. Der Rückfall Russlands in eine modifizierte asiatische Despotie und deren Überwintungsformen in der SU wäre Angelegenheit kritischer Reflexion einer proletarischen Linken. Den deutschen Bären dienst an der von Deutschland eingeforderten „Demokratie“ in Russland klar herauszuarbeiten, wäre eine weitere Aufgabenstellung. Immerhin kann ein kalter Ostwind aufkommen. An erster Stelle gilt es herauszuarbeiten, dass die Intervention Deutschlands in der Ukraine der Testfall der neuen deutschen Außenpolitik und Bestandteil seines dritten Neuordnungsversuchs Europas ist.

D Resümee

Die vorstehende kritisch kommentierte Chronologie der die deutsche Ukraine-Politik vom November 2013 bis September 2014 unterlegten deutschen Ideologie lässt folgendes Arbeitsthesengerüst zu:

- Das zeitliche Zusammenfallen der Ankündigung der neuen Außenpolitik Deutschlands mit dessen scharfer Einmischung in innerukrainische Angelegenheiten Ende November ist kein Zufall, vielmehr ist der Expansionsvorstoß in den Ostraum der Testfall jener Weltmacht politik.

Dabei zeigte der deutsche Propagandaapparat, wie schnell er entsprechende Opfer-Täter-Verschiebungen aufzublasen vermag.

- Deutschland und nicht – wie uns weis gemacht wurde – die EU war Initiator und Triebkraft des EU-Assoziierungsabkommens mit der Ukraine, Georgien und Moldawien und dessen kompromissloser Umsetzung. Oder meint jemand ernsthaft, EU-Kommissions-Präsident Barroso hätte der bankrotten Ukraine ein faktisches Ultimatum des ‚Entweder – Oder‘ ohne einen Wink aus Berlin stellen können?
- Deutschland nutzte die zuvor hofierten Faschisten der Westukraine als nützliche Idioten zum Sturz des prorussischen Regimes und zur Installation eines deutsch-genehmen Umsturzregimes unter Beteiligung ultranationalistischer und faschistischer Kräfte. Hiermit wurde das Tabu nach 1945 offiziell gebrochen, mit Faschisten offen oder gar auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten.
- Deutschland nahm dabei – wie bei den EU-Diktaten in Griechenland – bewusst in Kauf, dass die ukrainischen Lohnabhängigen durch scharfe Austeritätsprogramme vollständig verarmen werden und im physischen Überlebenskampf verrohen müssen.
- Damit nahm Deutschland eiskalt in Kauf, dass sich die ukrainische Gesellschaft scharf nach Rechts bewegt und die zentrifugalen Kräfte der ökonomisch höchst ungleichmäßig entwickelten Regionen den Separatismus hervor treiben. Somit bewegt sich die deutsche Ukrainepolitik in der Kontinuitätslinie rückwärtsgewandter völkischer deutscher Destabilisierungspolitik gegenüber anderen Staaten von vor 1945 und nach 1990 (Jugoslawienkrise).
- Deutschland nahm in Kauf, dass seine Sonderbeziehungen zu Russland im Laufe des Ukraine Konflikts äußerst beschädigt wurden und Russlands Gesellschaft im propagandistischen vaterländischen Sperrfeuer die Heimatfront schloss und Richtung einer modifizierten asiatischen Despotie zurückgedrängt wird. So erzeugen die „Wohltaten“ des „Westens“ regelmäßig die Traumata der „Beglückten“.
- Die neue deutsche Außenpolitik belegte im Testfall Ukraine, dass Deutschland offiziell zu einer offen imperialistischen Politik übergegangen ist, in der nach Staatsraison alle Mittel skrupellos eingesetzt werden dürfen. Dazu generiert der deutsche Propagandaapparat Feind-Freund-Konstellationen je nach Bedarf.
- Deutschlands Selbstwahrnehmung als *die* Wächternation der „Menschen- und Minderheitenrechte“ überhaupt, blieb in der Ukraine-Krise wahrscheinlich ungebrochen. Tatsächlich ist sie für jeden etwas distanzierteren Zeitgenossen nur noch eine ekelhafte deutsche Macke.

Um die deutschen Opfer-Täter-Verschiebungen in der Ukraine-Krise gewichten zu können, ist es hilfreich, sich den Reigen der deutschen Feindzuweisungen mit den komplementären Selbstzuweisungen desselben

Zeitraums zu vergegenwärtigen. Die deutsche Außenpolitik hatte sich zum Zeitpunkt September 2014 mit unkalkulierbaren Operationen heillos übernommen, so dass entsprechende deutsche Opfer-Täter-Zuweisungen propagiert werden mussten:

- Seit 2011 liegt Deutschland mit den PIGS-Staaten samt Frankreich heillos zerstritten im Kampf um die Umsetzung der Maßnahmen der von Deutschland erzwungenen Finanz- und Bankenunion der EU, ferner um die geldpolitische Ausrichtung der EZB sowie um Stimulierung des siechen „Wirtschaftswachstums“ durch die EU. – Hier können die Bösewichte wechseln, gegenwärtig ist Paris wegen „Reformunwilligkeit“ stark ins Visier geraten. Es muss von „uns“ zur Brust genommen werden, seine lohnabhängigen Insassen endlich mit Hartz-IV und anderen Nettigkeiten zu traktieren. Falls die EU zerbricht, waren es die „Anderen“, die die EU durch „ihre“ Unfähigkeit ordentlicher Wirtschaftsführung zerstören, wir sind nur die bekloppten armen Zahlmeister der EU!
- Anfang 2014: Deutschland kündigte großmäulig per PR-Kampagne „mehr Verantwortung in der Welt“ an. Damit blamierte es sich militärpolitisch bis auf die Knochen, da es gleichzeitig für die gegenwärtigen Krisengebiete den „Partnern“ keine funktionierende Armee zur Verfügung stellen kann. Stattdessen lässt es seine Truppe von Schrottverwaltern in 17 Auslandseinsätzen parallel rundilettieren. Ein solcher imperialistischer Staat macht sich unglaublich gegenüber seinen Bündnis-„Partnern“, er rangiert sich selbst militärpolitisch aus, er ist absolut abhängig vom militärischen Hegemon. Damit liegen die deutschen Anstrengungen zu einer funktionsfähigen, schlagkräftigen GASVP ebenfalls am Boden. Der deutsche Traum einer EU-Streitmacht platzte wieder einmal. Die deutsche Außenpolitik ist an dieser Großbaustelle hoffnungslos überfordert. Und alle EU-„Partner“ freuen sich zumindest klammheimlich über Deutschlands militärpolitischen Offenbarungseid. Feind-Freunde besonderer Güte. Selbstverständlich fordern solche Freunde den EU-Hegemon zur „Lastenteilung“ durch erhöhte Aufrüstungsanstrengungen auf, da ihre eigenen Truppen wie ihre nationalen Haushalte ebenfalls auf dem Zahnfleisch gehen. So werden die Länder der freien Welt die „überlebensnotwendige“ Erhöhung der Kriegskassen ihren Insassen mit allerlei Horrorszenarien aufschwätzen. Der desolate Zustand der Bundeswehr wurde im September zum Propagandamittel der notwendigen Erhöhung des Wehretats umgeschmiedet. Es muss mit einer diesbezüglichen Dauerkampagne gerechnet werden.
- Seit Anfang 2014: Die Operationen der Bundeswehr in Zentralafrika und schon seit 2012 in Mali wurden zuerst als PR-Kampagne der neuen deutschen Außenpolitik aufgeblasen und blieben dann wegen ihrer

blamablen „Einsätze“ in den Gazetten nur noch Randnotizen. – Hier sind „die“ Islamisten der Feind überhaupt, „wir“ sind die Menschenretter aus den Klauen des Satans und die Elefantenretter aus den Händen der marodierenden Elfenbein-Jäger.

- Dann im August: Im Gaza-Streifen will Deutschland nach Israels (irrsinnigem) Ruf die Führung übernehmen, mit Frankreich und (Klein-) Britannien den ägyptischen Grenzübergang und die Entwaffnung der Hamas zu kontrollieren. – Hier ist der Islamismus in Gestalt der Hamas der Feind, „wir“ sorgen mit viel Geld für Frieden und werden unserer selbsterwählten Aufgabe als Bewährungshelfer Israels gerecht.
- Dann im September: Die Dämonisierung des Islamischen Kalifats als Ausgeburt der feudalen Hölle verhilft zwar „glücklicherweise“ beim Tabubruch der deutschen Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete. „Leider“ hat aber die sowieso unterfinanzierte und schlecht gerüstete Reichswehr kaum brauchbares Gerät für kurdische „Freiheitskämpfer“, die zuvor als „Terroristen“ eingestuft waren. Diese kämpfen nun gegen „Terroristen“ des IS. Der wiederum wurde seitens des „Westens“ und dessen arabischen „Partnern“⁷⁴ als „Freiheitskämpfer“ gegen das Assad-Regime hochgepöppelt. So ist das mit vermeintlichen nützlichen Idioten, wenn sie selbstermächtigend aus dem Ruder laufen. Es belegt, wie sich imperialistische Opfer-Täter-Verschiebungen im Prozess des Teile-und-Herrsche machtpolitisch naturwüchsig ergeben. Gleichzeitig wird da die Dauerbaustelle zentraler postkolonialer Bruchkanten so umgerüstet, dass die „ordnenden“ Heilsbringer den Zerfallsprozess der Staaten Südwestasiens so weit beschleunigen, dass sich der „Westen“ und insbesondere die Deutschland-EU langfristig in ein kaum zu beherrschendes Trümmerfeld hineinmanövrieren. Die politisch-ökonomischen Folgen für die Südostflanke der EU und die dann in Gang gesetzte „Terror“-Hysterie sind kaum abzuschätzen. – Hier war im September der IS der Obersatan, „wir“ sind aber schon auf andere Namen gefasst und bieten „unsern“ altersschwachen Militärschrott gnädig neuen „Freunden“ zur Vernichtung an.
- Ebenfalls August: auch im nächsten Umland halst sich Deutschland selbstgestellte Aufgaben auf: auf der von Deutschland einberufenen „Westbalkan-Konferenz“ zur Absicherung seiner Hegemonie über Südosteuropa gegen ökonomische und politische Vorstöße der Türkei und Chinas stellte sich wieder einmal Serbien gegen die Russland-Sanktionen

⁷⁴ ⁷⁴ Selbst der regierungsnahe Thinktank Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) kommt – wie schon in 13.1. erwähnt – zum Ergebnis, dass die scheinbar zwischenethnischen und innerreligiösen Konflikte in Nah-Ost Resultate des Teilens und Herrschens verdeckter staatlicher Interventionen sind. Wohlweislich wird die Frage, ob und wie desbezügliche Infiltrationen des „Westens“ eingebettet waren/sind, erst gar nicht gestellt. Siehe: Heiko Wimmen, Teilen und Herrschen. Konfessionalismus und Machterhalt im Arabischen Frühling: Bahrain, Irak, Libanon und Syrien. <http://www.swp-berlin.org>.

der EU, da es vom russischen Stopp der EU-Agrarimporte profitierte⁷⁵. Der Hegemon musste sich nun auch noch den panslawistischen Störenfried zur Brust nehmen. – Hier ist das ewige Serbien, das nicht will sterben, das „unser“ ewiger natürlicher Feind bleibt. Dabei wollen „wir“ es doch nun schon seit hundert Jahren nur mit „unserer“ vogelfrei machenden deutschen Wirtschaftskonfession beglücken.

- Ebenfalls im September: das AA hat nun wohl noch lange Zeit alle Hände voll mit der kaum einschätzbaren Destabilisierung der EU zu tun, die von Schottlands und Kataloniens Sezessionsanstrengungen ausgehen. – Hierin scheint Deutschland im September 2014 scheinbar nur „Freunde“ zu haben, die ihm zuarbeiten beim Teile-und-Herrsche über Europa. Schottlands Referendum destabilisiert Großbritannien durch Autonomiebestrebungen in allen Nationen von GB und schwächt somit London und dessen Achse mit Paris als Hauptgegnern des deutschen Durchmarschs zu VSE. Da befahl die Kanzlerin ein „Lächeln“, wie sie vieldeutig in ihrer Presseansprache nach dem schottischen Referendum eingestand. Ob Madrid als Täter⁷⁶ stigmatisiert wird, wenn Katalonien sich verfassungswidrig von Spanien trennen und sich für souverän erklären will?
- Und dann das im November 2013 eröffnete Testfeld neuer deutscher „Verantwortung in der Welt“: die Ukraine, wo die von Deutschland gestützte Umsturzregierung tiefer denn zuvor im Schlamassel steckt und der EU-Hegemon selbst regelrecht im Schlamm festsitzt. – Hier war die deutsche Feindzuweisung zunächst vorbestimmt: Der Feind war der böse Freund des Iwan. Er wollte den armen Ukrainern die „Freiheit“ unserer „Wertegemeinschaft“ vorenthalten. Die installierte Umsturzregierung noch toller Ganoven war dann „unser“ Freund im Kampf gegen den Iwan, der einfach wieder zu frech wird. „Wir“ sind selbstverständlich die Guten, die „Zivilisation“ in die „slawische Misswirtschaft“ bringen wollten. Es wär so einfach gewesen, wenn sich der blöde Ami nicht so übel in „unser“ Europa eingemischt hätte! Deutschland und der „Westen“ insgesamt, der sich selbstgefällig als Hort der „Freiheit“ begreift, geben vor, die Zivilgesellschaften unterentwickelter Nationen wie der Ukraine durch Druck von außen stärken zu wollen. Das konterrevolutionäre Resultat ihrer Interventionen in der Ukraine 2014 straft ihre frommen Wünsche wieder einmal als Lügen.

In der überstürzten Aufnahme dieses Velfrontenkriegs drückt sich das geopolitische Getrieben-Sein der deutschen Bourgeoisie in Form deutscher Großmannsucht zum Zeitpunkt der Ankündigung von „mehr Verantwortung in der Welt“ aus. Die deutsche Ideologie schuf sich in rascher Folge neue Opfer-

⁷⁵ Newsletter vom 28.08.2014 - Die Hegemonie über Südosteuropa. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58935>.

⁷⁶ Klartext aus Madrid - Katalonien unter Kuratel stellen. <http://www.ad-hoc-news.de> 16.9.2014.

Täter-Zuweisungen – teilweise entlang der Kontinuitätslinien der deutschen Außenpolitik. So weist die deutsche Ukraine-Politik, wie schon in der Jugoslawien-Krise, ihrer Tendenz nach, zurück auf den *Septemberplan* von Bethmann-Hollweg der deutschen Kriegszielpolitik 1914 und die deutsche Balkanpolitik nach 1871. Sie geht einher mit einer unangenehm modifizierten Wiederkehr des „Deutschen Stolzes“ wilhelminischer Selbstgefälligkeit, Arroganz aus Selbstüberschätzung der eigenen Kraft, die nirgends auf der Welt gut ankommt – und meistens einen Scherbenhaufen hinterlässt. Weil sich die deutsche Außenpolitik seit 1989 nach Art Preußens im Deutschen Bund und dem preußisch beherrschten Staatsapparat des zweiten Deutschen Kaiserreichs in der Durchsetzung des eingeschlagenen Weges grobschlächtig und kompromissunfähig zeigt, ist sie durchsichtig für die „Partner“. Das widerspricht nicht der Erfahrung der Partner, dass Deutschlands Außenpolitik nach 1989 unberechenbar ist. Deutschlands Rückkehr zur „Politik der freien Hand“ ergab sich aus dem nach 1989 erweiterten Handlungsspielraum, den das machtpolitische Vakuum in Mittel-Süd-Osteuropa eröffnete. Die Partner dürften auch diesmal von der Vehemenz überrascht gewesen sein, mit der sich Deutschland Ende November 2013 in das Ukraine-Abenteuer stürzte. Die sofort vernehmbare Wiederkehr der preußisch geprägten Selbstüberschätzung konnten die langen Gedächtnisse der Staatsapparate der Hauptkonkurrenten im Fall des deutschen Vorstoßes in der Ukraine Ende November 2013 nutzen, um durch cleveres Agieren den machtpolitischen deutschen Aufstieg vorerst zu bremsen oder gar vorerst zu stoppen.

Da die verklemmte imperialistische Nation sich gegenüber ihren Untertanen stets so sehr als selbstloser Helfer in der Not für andere anpreist, ist es angebracht, den Gegensatz der deutschen Ukrainepolitik 2013/14 mit der zwischen 1990 und 2006 betriebenen Jugoslawienpolitik festzuhalten: Die deutsche Unterstützung des Feldzugs der Kiewer Zentralgewalt gegen secessionistische Kräfte lief diametral entgegen Deutschlands Vorgehen in der Jugoslawienkrise ab 1990. Dort unterstützte Deutschland die Sezessionisten in Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und Kosovo gegen die Zentralgewalt in Belgrad mit politischen, ökonomischen und militärischen Mitteln gegen die Zentralregierung in Belgrad. Sie benutzten die in Deutschland residierenden⁷⁷ Exil-Organisationen in Nachfolge der klerikal-faschistischen kroatischen Ustascha und später die per Dekret von „Terroristen“ zu „Freiheitskämpfern“ erklärten Kräfte der „Befreiungsarmee des Kosovo“ (UCK) als nützliche Idioten ihrer Teile-und-Herrsche Taktik auf dem Balkan. Damals lag Russland machtpolitisch vollständig am Boden und konnte seiner selbstgestellten panslawistischen „Schutzfunktion“ gegenüber Serbien und dessen großserbischen Chauvinismus nicht nachkommen. Deutschland

⁷⁷ Erich Schmidt-Eenboom, Kapitel 9: Titos Erben in Bonn; in: *Der Schattenkrieger*. Klaus Kinkel und der BND, 1995.

genoss die „Politik der freien Hand“ zur Erringung der Vormacht auf dem Westbalkan und dann im gesamten „deutschen Hinterland“ Südosteuropa.

In der Ukraine nutzte Deutschland dagegen die Faschisten zur Zurückdrängung des (Rest-) Einflusses des mit den Ölpreisen neu erstarkten Russlands auf die Kiewer Zentralregierung und erklärte aus geostrategischen Gründen die Sezessionisten der Ostukraine nach Kiewer Wortwahl als „Terroristen“. Das völkerrechtswidrige Herausbomben des Kosovo aus der BRJ im deutschen NATO-Krieg 1999 verkaufte die BRD der kriegsunwilligen Belegschaft propagandistisch als eine „Befreiung aus dem Vielvölkergefängnis“ BRJ. Die BRD gerierte sich bei der Sezession des Kosovo als die Wächternation der „Menschenrechte“ überhaupt. In der Ostukraine waren dagegen das jedes humanitäre Völkerrecht mit Füßen tretende Militär und Paramilitär der ukrainischen Zentralgewalt der „Freiheitskämpfer“ und die Sezessionisten die „Terroristen“.

Bei der Sezession der Krim und deren Anschluss an die RF bezichtigte der „Westen“ Russland der „Annexion“ der Krim – immerhin der völkerrechtliche Begriff, der einen Krieg rechtfertigt, wie die UNO z.B. bei Iraks Einverleibung Kuwaits verfuhr. Russland konnte sich hämisch auf den Präzedenzfall Kosovo berufen und sich als Schutzherr der russisch-sprachigen Minderheit gebärden. Die deutsche Außenpolitik in der Ukraine 2013/14 und in Jugoslawien der 1990er Jahre weisen Kontinuitätslinien deutscher Opfer-Täter-Verschiebungen auf. Russland war der „Täter“, die Zentralregierung der Ukraine das „Opfer“. In der Ukraine unterstützte Deutschland nach altem Muster die Zentralregierung, um Russlands Einfluss auf einem geostrategischen Feld erster Ordnung zurückzudrängen. Kiew ist geographisch nun mal eingeklemmt zwischen zwei gierigen Kolossen. In typischer Vernebelungstaktik wurde selbstverständlich die „Freiheit“ zum eigentlichen „Opfer“ stilisiert, die die europäische „Wertegemeinschaft“ den vom Iwan geknechteten Ukrainern bringen wollten. Dass Deutschlands verantwortungslose Intervention die Lunte des Pulverfasses Ukraine anzündete, soll möglichst schnell vergessen werden. In Jugoslawien waren die Nachfolger der alten deutschen Kollaborateure die „Opfer“, der Zentralstaat in der Gestalt des Serbien-soll-sterben der „natürliche“ „Täter“ und Deutschland die „ehrliche Maklernation“, die schon mehr als 100 Jahre weißt, dass der Beitritt zur deutsch-europäischen „Wertegemeinschaft“ für „undisziplinierte“ Balkanesen das Beste ist. Da sich die Zentralgewalt in Belgrad der deutschen Hegemonie trotz der im gütigen Angebot liegenden Gnade widersetzte, mussten „leider“ die separatistischen Gewaltorgien mittels alter Seilschaften entfacht werden. Für „höhere“ Ziele der Staatsraison ist Gewaltanwendung berechtigt. Diese handlungspolitischen Gegensätze in zwei zeitlich kurz hintereinander liegenden Zerrüttungskrisen östlicher/südöstlicher europäischer Nachfolgestaaten des „Realsozialismus“ belegen, dass Deutschlands machtpolitisches Handeln die mit dem deutschen Wesen getränkte, mit Inbrunst vor sich hergetragene, Selbstbehauptung Lügen strafft, die „echte

selbstlose“ Nation der Verteidigung, Durchsetzung, pipapo der „Menschen- und Minderheitenrechte“ und des „Völkerrechts“ zu sein. Alle deutsche Propaganda wird taktisch als selbstgefälliges propagandistisches Herrschaftsinstrument eingesetzt. Die „Menschenrechte“ werden dabei mit Füßen getreten. Sämtliche humanitäre „Kollateralschäden“ werden bewusst und zynisch in Kauf genommen, wenn es der Ausdehnung des deutschen Einflusses andernorts dienen könnte. Diese machiavellistische Handlungsmaxime ist imperialistischen Staaten jeder Größenordnung eigen. Keine Nation gebärdet sich allerdings vor sich selbst und allen anderen so selbstgefällig als multilateral ausgerichtete Mittelmacht, die sich dabei selbst in schmierigen Phrasen als altruistischer Wohltäter anpreist, um kurz danach in einem Sonderweg situationsgerecht seine Gelegenheit zur Machterweiterung kompromisslos einzuschlagen, dabei arrogant den Besserwisser zu spielen und bezüglich des angerichteten Chaos das arglose Unschuldslamm zu mimen. Die neue deutsche Außenpolitik der „Übernahme von mehr Verantwortung in der Welt“ wird für so manche „Überraschung“ sorgen. Vom theoretischen Standpunkt wäre eine Untersuchung darüber angebracht, ob eine Mittelmacht die selbstgestellte Aufgabe des Aufstiegs zur Weltmacht nur mit solch kruder Ideologie von Selbstüberhöhung und Selbstbetrug in Angriff nehmen kann.



Inhalt des zweiten Halbbandes:

- V. Die Wiederkehr der hässlichen deutschen Diplomatie auf dem Weltparkett
 - V.1 Ouvertüre
 - 20. Vom Anschluss der DDR ...
 - 21. ... zu den Schachbrettern der Diplomatie
 - 22. Mit neuem Machtzuwachs zur Zerlegung der Bundesrepublik Jugoslawien
 - 23. Das deutsche Appeasement im Golfkrieg II 1991
 - V.2. Sturm und Drangperiode I 1992 bis 1995. Deutschland geht vier militärpolitische Eckpfeiler seiner Weltmacht-Ambitionen an
 - 24. Vom Ausnahmezustand zur nationalen Normalität
 - 24.1. Zum vergeblichen Kampf um einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat.
 - 24.2. Bundesverfassungsgericht: Die militärische Büchse der Pandora ist Sache der Politik
 - 24.3. Deutschland, die WEU und der deutsche Griff nach der Atombombe
 - 24.4. Deutschlands Drängen auf eine „neue“ NATO
 - 25. Zwischenbilanz I: Über Deutschlands großen Sprung nach vorne 1989 bis 1994
 - V.3 Sturm und Drangperiode II 1998 bis 2007
 - 26. Über Tirana zum deutschen NATO-Krieg zur Sezession des Kosovo
 - 27. Exkurs zur völkischen Destabilisierungspolitik Deutschlands in Europa
 - 28. Zwischenbilanz II: Deutschlands Stellung nach dem Kosovo-Krieg 1999
 - 29. Auf ins wilde Afghanistan zur Verteidigung Deutschlands am Hindukusch
 - 30. Deutschlands Aufbegehren gegen die USA im Golfkrieg III 2003
 - 31. Niederlage im Kampf um einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat 2004/05
 - V.4 Abgesang
 - 32. Zwischenbilanz III: Deutschlands Stellung im Weltmachtgefüge nach 2010
 - 32.1. Exkurs: Der Kampf Deutschlands, der USA, Russlands um die Hegemonie in der Ukraine
 - 33. Zwischenbilanz IV: Deutschlands aktuelle Stellung in der EU bis Herbst 2014
 - 33.1 Zum desolaten Zustand der GASVP der EU
 - 33.2. Was das politisch-ökonomische Feld der EWWU betrifft
 - 33.3. Über das deutsche Drängen Richtung VSE
 - 34. Ausblick auf Teil II des Gesamttextes: Deutschlands Weg zur Vormacht in Europa nach 1945